

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/23635

"Gesetzentwurf zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes - hier:
Zugangserleichterung für Lehrkräfte aus der Ukraine und aus weiteren Staaten mit
EU-Beitrittskandidatenstatus"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/23635 vom 13.07.2022
2. Schriftliche Stellungnahmen im Gesetzgebungsverfahren vom 13.07.2022 -
[Bayerischer Volkshochschulverband e.V. \(DEBYLT0137\)](#)
3. Schriftliche Stellungnahmen im Gesetzgebungsverfahren vom 13.07.2022 -
[VBR \(Vereinigung Bayerischer Realschuldirektorinnen und Realschuldirektoren\) \(DEBYLT020F\)](#)
4. Schriftliche Stellungnahmen im Gesetzgebungsverfahren vom 13.07.2022 -
[VBR \(Vereinigung Bayerischer Realschuldirektorinnen und Realschuldirektoren\) \(DEBYLT020F\)](#)
5. Plenarprotokoll Nr. 123 vom 27.09.2022
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/25639 des BI vom 08.12.2022
7. Beschluss des Plenums 18/25766 vom 14.12.2022
8. Plenarprotokoll Nr. 131 vom 14.12.2022



Gesetzentwurf

der Abgeordneten **Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann** und **Fraktion (FDP)**

zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes

hier: Zugangserleichterung für Lehrkräfte aus der Ukraine und aus weiteren Staaten mit EU-Beitrittskandidatenstatus

A) Problem

Durch die Ankunft von über 42 000 ukrainischen Flüchtlingen im Schulalter (AZR-Zahlen für Bayern, Meldung vom 27.06.2022) wird auch aufgrund des bereits vorher bestehenden „Lehrkräftemangels“ die Suche nach geeignetem Lehrpersonal an Bayerns Schulen weiter erschwert.

Zwar sind ebenfalls Hunderte von Personen mit ukrainischer Lehrqualifikation nach Bayern geflohen, doch selbst bei Beherrschung der deutschen Sprache ist für diese keine mittelfristige Anstellungsperspektive gegeben. So stellt das Staatsministerium für Unterricht und Kultus (StMUK) in der Antwort auf eine Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP) fest: „Ausländische Lehrerqualifikationen, die nicht in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union, des Europäischen Wirtschaftsraumes oder der Schweiz erworben wurden, können grundsätzlich nicht als Befähigung für ein Lehramt an öffentlichen Schulen anerkannt werden (Art. 2 Abs. 4 Punkt 3 Bayerisches Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz, BayBQFG, und Art. 7 Abs. 4 Bayerisches Lehrerbildungsgesetz, BayLBG). Demzufolge konnten mangels Einstellungsvoraussetzungen (Lehrerausbildung gleichwertig der Befähigung für das Lehramt an Mittelschulen, Realschulen, Gymnasien und berufliche Schulen) keine ukrainischen Lehrkräfte unbefristet eingestellt werden.“

Folglich bleibt diesen nur eine zeitlich befristete Tätigkeit als Aushilfsnehmerin oder Aushilfsnehmer (Vertretungslehrkraft und/oder Team-Lehrkraft, Willkommenskraft Ukraine) an den staatlichen Schulen in Bayern – trotz des Hochschulabschlusses in der Ukraine. Alternativ müsste ein eigenständiges Lehramtsstudium in Bayern mit darauf folgendem Staatsexamen und Vorbereitungsdienst aufgenommen werden, was für erfahrene Lehrkräfte nicht sonderlich attraktiv erscheint.

So zeigen schon allein die Anstellungszahlen aus den Amtlichen Schuldaten (ASD), dass zwischen 2014 und 2021 in ganz Bayern nie mehr als 30 Lehrkräfte mit ukrainischer Staatsangehörigkeit angestellt waren. Es fehlt also ein niedrigschwelliger Weg der Nachqualifizierung.

Dieses Problem trifft neben der Ukraine auf alle Staaten mit EU-Beitrittskandidatenstatus zu. Obwohl diese sich bereits in einem Prozess der Annäherung an europäische Standards befinden und der Rat der Europäischen Union ihnen auf Empfehlung der Kommission einstimmig den Kandidatenstatus mit Blick auf die Koppenhagener Kriterien zuerkannt hat, werden diese noch genauso wie jeder andere Drittstaat behandelt.

Aufgrund des dringenden Lehrkräftebedarfs, der sowieso nach dem möglichen Abschluss des Beitrittsprozesses bestehenden Zugangsrechte und der in jedem Fall weiter geltenden Hürde des Nachweises von deutschen Sprachkenntnissen (Art. 7 Abs. 4 Satz 2 BayLBG), erscheint eine Erleichterung der Anerkennung der in diesen Staaten erworbenen Lehramtsqualifikationen vertretbar und geboten.

B) Lösung

Bayern kann durch die Ergänzung in Art. 7 Abs. 4 Satz 1 BayLBG um Staaten, die als EU-Beitrittskandidaten anerkannt worden sind, die Gewinnung zusätzlicher, qualifizierter Lehrkräfte für den Schuldienst erleichtern. Darauf aufbauend kann das StMUK die korrespondierende Verordnung gegebenenfalls sinngemäß anpassen.

C) Alternativen**Keine Gesetzesänderung**

Der alleine schon aufgrund der Lehrerbedarfsprognosen erkennbare Mangel an Lehrkräften müsste dann über die bestehenden Wege bedient werden, was sich allerdings zunehmend schwieriger gestaltet und 2026 durch den geplanten Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz an Grundschulen weiter erschwert würde.

Generelle Öffnung des Anerkennungsprozesses für alle Drittstaaten

Eine Ausweitung über den Kreis der EU-Beitrittskandidaten hinaus würde mitunter eine sehr große Distanz zu europäischen Qualitätsstandards bedeuten und ist daher im bayrischen Schulsystem kaum so pauschal umsetzbar.

D) Kosten

Ein bestehendes Anerkennungsverfahren wird mit der Gesetzesänderung ausgeweitet. Die Zahl der Eignungsprüfungen und Anpassungslehrgänge könnte zunehmen. Besondere, haushaltsrelevante Zusatzkosten sind aus heutiger Sicht aber eher nicht zu erwarten.

Gesetzentwurf

zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes

§ 1

In Art. 7 Abs. 4 Satz 1 Halbsatz 1 des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes (BayLBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 1995 (GVBl. 1996 S. 16, 40, BayRS 2238-1-K), das zuletzt durch Gesetz vom 5. November 2019 (GVBl. S. 618) geändert worden ist, werden nach den Wörtern „Europäischen Union“ die Wörter „, in einem Staat mit einstimmig zuerkanntem Kandidatenstatus für den EU-Beitritt nach Beschluss des Rates der Europäischen Union“ eingefügt.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am in Kraft.

Begründung:

Zu § 1:

Zu der Aufzählung in Art. 7 Abs. 4 Satz 1 Halbsatz 1 werden noch Staaten mit EU-Beitrittskandidatenstatus hinzugefügt, sodass der Satz insgesamt lautet: „(4) ¹Für Personen, die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union, in einem Staat mit einstimmig zuerkanntem Kandidatenstatus für den EU-Beitritt nach Beschluss des Rates der Europäischen Union oder in einem anderen Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum außerhalb der Bundesrepublik Deutschland ein Diplom erworben haben, das eine Ausbildung für den Beruf des Lehrers abschließt, oder die die Berechtigung erworben haben, den Beruf des Lehrers auszuüben, sind für die Feststellung der Lehramtsbefähigung die Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen (ABI L 255 S. 22, ber. 2007 ABI L 271 S. 18, 2008 ABI L 93 S. 28, 2009 ABI L 33 S. 49) in der jeweils geltenden Fassung sowie die nach diesem Gesetz ergehenden Ausführungsvorschriften maßgebend; dies gilt entsprechend für Drittstaaten und Drittstaatsangehörige, soweit sich hinsichtlich der Diplomanerkennung nach dem Recht der Europäischen Union eine Gleichstellung ergibt.“

Zu § 2:

Es wird ein möglichst zeitnahe Inkrafttreten nach Abschluss des Gesetzgebungsprozesses angestrebt.



Bayerischer Volkshochschulverband e.V.
Fäustlestraße 5a, 80339 München

Herr
Matthias Fischbach, MdL
Maximilianeum
81627 München

München, 6. September 2022

Verbandsanhörung

**Gesetz zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes hier:
Zugangserleichterung für Lehrkräfte aus der Ukraine und aus weiteren Staaten mit EU-
Beitrittskandidatenstatus**

Sehr geehrter Herr Fischbach,

vielen Dank für die Möglichkeit der Verbandsanhörung zu betreffendem Thema.

Als Bayerischer Volkshochschulverband können wir leider keine konkrete Einschätzung bzgl. der vorgeschlagenen Gesetzesänderung abgeben.

Als größter Integrationskursträger sind Volkshochschulen die häufige Anlaufstelle von teilweise hoch qualifizierten Menschen, die versuchen beruflich in Deutschland Fuß zu fassen und schwere Anerkennungsbedingungen haben. Kritisch bewerten wir es, wenn Zugangserleichterungen ausschließlich für Lehrkräfte aus der Ukraine geschaffen werden sollen und qualifizierten Lehrkräften aus anderen Nicht-EU-Mitgliedsstaaten dieser Weg nicht offensteht.

Gleichzeitig begrüßen wir natürlich Überlegungen zur Erleichterung für den beruflichen Einstieg in Deutschland. Gerne weisen wir an dieser Stelle darauf hin, dass sowohl die 190 Volkshochschulen in Bayern als auch der bvv selbst vielfältige Fortbildungs- und Qualifizierungsangebote (Integrationskurse, Berufssprachkurse, Deutschkurse in allen Niveaustufen, Zusatzqualifizierungen für die Lehre in Deutsch- und Alphabetisierungskursen etc.) anbieten und damit die Weiterqualifizierung bzw. die Integration von ausländischen Lehrkräften in den Arbeitsmarkt unterstützen können.

Derzeit stellen auch die Volkshochschulen insbesondere im Integrationskursbereich einen gravierenden Lehrkräftemangel fest. Auf freiberuflicher Basis wären also auch Lehrtätigkeiten, insb. im Integrationskurssystem für die angesprochene Zielgruppe nach entsprechender Qualifizierung denkbar.

Der bvv ist im Lobbyregister eingetragen.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Regine Sgoda
Vorstand

Stellungnahme der Vereinigung Bayerischer Realschuldirektorinnen und Realschuldirektoren (VBR) zur Änderung des bayerischen Lehrerbildungsgesetzes; hier: Zugangserleichterung für Lehrkräfte aus der Ukraine und aus weiteren Staaten mit EU-Beitrittskandidatenstatus

Das Anliegen zur geplanten Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes ist angesichts des bestehenden Lehrermangels durchaus verständlich, andererseits müssen Qualität und ein entsprechender Standard gewahrt bleiben. Deshalb sollte die vorrangige Lösung des Problems nicht sein, schnell etwas auf den Weg zu bringen. Die Tatsache, dass akuter Lehrermangel herrscht, sollte nicht dazu verleiten, die Vergleichbarkeit der Examina und damit die Qualität der Lehrerbildung hintanzustellen. Ob durch die Maßnahme der Lehrermangel (auch über die Brückenklassen hinaus) behoben würde, bleibt dahingestellt.

Unbenommen ist jedoch, dass wertvolle Ressourcen genutzt werden sollten, nur müsste man die richtigen Modelle entwickeln. Dass übergangsweise Aushilfsverträge geschlossen werden, sehen wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht als Nachteil, da es uns an den Schulen sehr bei der Personalplanung der Brückenklassen hilft. Insofern wäre es auch besser, das Schuljahr mit den Brückenklassen abzuwarten, um entsprechende Erfahrungen zu sammeln. Das Thema der Beschulung ukrainischer Flüchtlinge ist ja weiterhin hochdynamisch, d.h. wie geht es nach diesem Schuljahr weiter, wie viele Schüler/innen bleiben an den weiterführenden Schulen etc.

Da es sich auch nicht um eine rein bayerische, sondern vielmehr gesamtdeutsche Problematik handelt, wäre ferner zu bedenken, auf KMK-Ebene eine Lösung anzustreben.

Parsberg, den 15.09.2022

gez. Ingrid Meggl

*Landesvorsitzende der Vereinigung Bayerischer
Realschuldirektorinnen und Realschuldirektoren*



Bayerischer Schulaufsichtsverband ★ Kirchplatz 12 ★ 85617 Aßling

Per E-Mail

Herrn MdL Fischbach

Frau Schmid-Coskun

Bayerischer Landtag / Fraktion der FDP

Landesvorsitzender

Jürgen Heiß, Schulamtsdirektor

Kirchplatz 12

85617 Aßling

☎ 0170 22 10 365

@ juergen.heiss@schulaufsichtsverband.de

Ihr Zeichen

-/-

Ihre Nachricht vom

-/-

Unser Zeichen

he/vo

Ort, Datum

Aßling, 29.08.2022

**Stellungnahme des Bayerischen Schulaufsichtsverbandes / Schulräteverbandes e. V.;
hier:**

Gesetzesentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann und Fraktion (FDP): Gesetz zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes - Zugangserleichterung für Lehrkräfte aus der Ukraine und aus weiteren Staaten mit EU-Beitrittskandidatenstatus

1

Sehr geehrter Herr MdL Fischbach,

bezugnehmend auf Ihr Schreiben vom 05.08.2022 und stellvertretend für die Vorstandschaft unseres Verbandes nehme ich zum o. g. Gesetzentwurf wie folgt Stellung:

Das damit verfolgte Ziel, dem aktuell herrschenden Mangel an Lehrkräften, der besonders an den bayerischen Grund- und Mittelschulen zum Tragen kommt, begrüßen wir grundlegend vollumfänglich.

Eine generelle Ausweitung und Erleichterung des Zugangs für Lehrkräfte aus der Ukraine und anderen, nicht der EU zugehörigen, Staaten erachten wir jedoch kritisch. Zwar kann dies übergangsweise zur Entlastung des vorhandenen Personalengpasses führen, allerdings befürchten wir qualitative Einschnitte im bayerischen Bildungssystem und eine möglicherweise fehlende Akzeptanz in Teilen der Elternschaft der Schülerinnen und Schüler.

Denkbar wäre aus unserer Sicht eine befristete Anstellungsmöglichkeit, die mit einer engmaschigen Betreuung und schulaufsichtlichen Kontrolle im Sinne einer individuellen Einschätzung der Lehrkräfte einhergehen müsste. Im Zuge eines solchen Systems könnte es in Analogie zur Begleitung sog. Zweitqualifikanten möglich sein, nach Abnahme einer Bewährungsperspektive (nach einem Unterrichtsjahr) und einer Bewährungsfeststellung (nach einem weiteren Jahr) vertragliche Entfristungen vorzunehmen. Somit wären individuelle und an festgelegten Qualitätskriterien orientierte Entscheidungen möglich.

Grundlegend müssten sich die politischen Entscheider unserer Meinung nach dafür einsetzen, das Lehramt in Bayern monetär lukrativer zu gestalten und die Einstiegsbesoldung der unterschiedlichen Lehrämter entsprechend anzupassen, um personelle Mängellagen in einzelnen Schularten bzw. Schieflagen zwischen den Schularten zu vermeiden.

Gerne steht Ihnen unser Verband auch weiterhin für bildungspolitische An- und Rückfragen sowie für weiterführende Gespräche zur Verfügung.

Für Ihre Einladung zum Sommerfest 2022 der FDP-Landtagsfraktion möchte ich mich an dieser Stelle recht herzlich bedanken. Leider konnte ich aus dienstlichen Gründen nicht daran teilnehmen.

2

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Jürgen Heiß

Landesvorsitzender

Bayerischer Schulaufsichts- / Schulräteverband e. V.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Barbara Regitz

Abg. Thomas Gehring

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Oskar Atzinger

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Raimund Swoboda

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo

Abg. Arif Taşdelen

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5 b** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes

hier: Zugangserleichterung für Lehrkräfte aus der Ukraine und aus weiteren Staaten mit EU-Beitrittskandidatenstatus (Drs. 18/23635)

- Erste Lesung -

Begründung und Aussprache werden miteinander verbunden. Damit hat die FDP-Fraktion 9 Minuten Redezeit. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich erteile für die FDP-Fraktion dem Kollegen Matthias Fischbach das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was war das für ein Schulstart in diesem Jahr – ganz anders als früher. Diesmal hieß es nicht: "Die Unterrichtsversorgung ist gesichert." Nein, neuerdings bezeichnet Kultusminister Piazolo die Unterrichtsversorgung euphemistisch als "solide". Solide – das heißt vor Ort, dass nicht nur AGs ausfallen, sondern dass auch immer mehr Pflichtunterricht nicht stattfinden kann, eben weil die Lehrkräfte fehlen.

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Stimmt nicht!)

Wie viele genau fehlen denn? – Das kann Herr Piazolo, der den Lehrkräftemangel anfangs noch als "Erfindung der Opposition" abtat, nicht beziffern. Einige Hundert – das sei ungefähr die Größenordnung, haben Sie in einigen Pressekonferenzen gesagt.

(Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo: Falsch!)

– Falsch? Dann können Sie ja gleich ergänzen, Herr Minister.

Was gedenken Sie eigentlich dagegen zu tun? Das ist die entscheidende Frage. Eine Werbekampagne für das Lehramt – und sonst?

(Zuruf von den FREIEN WÄHLERN)

– Mal sehen? Wann kommt es denn? In der nächsten Legislaturperiode und mit dem Koalitionspartner, den Sie gerade haben? Gesichert ist leider nichts.

Ansonsten haben Sie gesagt, das Betretungsverbot für schwangere Lehrkräfte könne man "mal lockern". Sie sprechen von "irgendwie mal" und "irgendwann". Ich erinnere daran, dass der Schulstart schon herum ist und die Planungen schon durch sind. Meine Damen und Herren, Sie merken es selbst: Das ist zu wenig. Es muss deutlich mehr kommen. Wer mit so wenig Weitsicht und so wenig Gestaltungskraft an die seit Langem offensichtlichen Probleme in unserem Bildungssystem herangeht, der riskiert, dass sich die Probleme weiter verschärfen.

(Beifall bei der FDP)

Ich muss es eigentlich noch deutlich sagen: Herr Piazolo, Sie verantworten es, dass sich die Probleme weiter verschärfen. Handeln Sie endlich!

Konzepte zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels liegen nämlich schon lange auf dem Tisch. Es gibt keine Ausreden mehr für diese Untätigkeit. Vor zwei Jahren hatten wir vonseiten der Opposition sogar eine Anhörung im Landtag angesetzt zu der Frage, wie man das Lehramt flexibel und attraktiv gestalten kann. Als eine Möglichkeit wurde die Reform der Lehrkräfteausbildung genannt. Aber dann? – Keine Bewegung.

Vor einem Jahr haben SPD, GRÜNE und FDP allesamt beantragt, Grund- und Mittelschullehrkräfte fairer zu bezahlen. Bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU gab es keine Bewegung, sondern die pauschale Ablehnung.

Auch als wir von der FDP Anfang dieses Jahres mit einem Antragspaket noch einmal ein Dutzend Vorschläge für eine große Personaloffensive eingebracht haben, zum Bei-

spiel zur Vorbereitung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung, gab es von der CSU und den FREIEN WÄHLERN nur die pauschale Ablehnung.

Zu unseren Vorschlägen gehörte neben der Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte auch die einfachere Anerkennung von Abschlüssen, die nicht in Bayern erworben wurden, bzw. die einfachere Nachqualifizierung. Voraussetzung wäre, dass man sich nicht mehr so sklavisch wie bisher an Fächerkombinationen orientiert, die es nur in Bayern gibt. – Das alles haben Sie wiederum pauschal abgelehnt.

Zu alledem kamen weder von der CSU noch von den FREIEN WÄHLERN oder vom Kultusministerium wirklich belastbare Gegenvorschläge. Das Einzige, was ich an dieser Stelle erwähnen kann, sind Ihre Notmaßnahmen aus dem Jahr 2020. Diese aber haben das Lehramt durch Mehrarbeit nochmals unattraktiver gemacht.

Sie selbst sehen es inzwischen wie wir alle: Die Zahl der Studienanfänger geht deutlich zurück. Da die Studienanfänger ausgehen, haben Sie inzwischen mit heißer Nadel sogar Sondermaßnahmen für die Mittelschulen gestrickt, sodass auch mit einem anderen Studium als einem Lehramtsstudium direkt der Quereinstieg gestartet werden kann.

Ich will nicht alles schlechtreden. Aber eines bleibt festzuhalten – –

(Lachen bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich will eines festhalten, meine Damen und Herren: Was Ihnen völlig fehlt, ist eine kluge Gesamtstrategie, ein in sich schlüssiges Gesamtkonzept, mit dem wir das Lehramt auch insgesamt wieder attraktiv machen können. Das wäre nämlich dringend nötig.

(Beifall bei der FDP – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir brauchen eine Perspektive. Sie müssten mit einem Konzept endlich einmal zeigen, dass Sie die Lage im Griff haben. Es kommt aber nichts. Ich kann es nur wieder-

holen: Liefern Sie endlich! Unsere Schulen haben eine bessere Politik verdient. Diese Mangelverwaltung kann nicht Bayerns Anspruch sein.

(Beifall bei der FDP)

Ja, in dieser Krise wird es – das ist allen klar – weder einfache noch schnelle Lösungen geben. Aber es gibt unterschiedliche Bausteine, die man einzeln setzen kann, um eine tragfähige Gesamtlösung für die Versorgung mit Lehrkräften aufzubauen. Wir legen Ihnen mit diesem Gesetzentwurf heute einen weiteren Baustein vor. Während wir in Bayern ja inzwischen, wie gesagt, Quereinsteiger ohne Lehrerausbildung regulär an Schulen arbeiten lassen, gibt es eine Gruppe von studierten Lehrkräften, die völlig außen vor bleibt, selbst wenn diese Lehrkräfte fachlich top qualifiziert sind oder auch bereit sind, noch mal eine Nachqualifizierung anzutreten, selbst wenn sie die deutsche Sprache schon so gut wie perfekt beherrschen sollten.

Ich rede hier von ukrainischen Flüchtlingen, die insbesondere aufgrund des Krieges nach Bayern geflohen sind. Einige Hundert davon haben sogar schon Anträge auf Anerkennung ihrer Lehramtsqualifikation gestellt, obwohl das aussichtslos ist. Das haben Sie in Ihrer Antwort auf meine Anfrage auch so geäußert. Ich glaube, es waren genau 467 für das Gymnasiallehramt.

In Ihrer Antwort auf die Anfrage ist aber auch gesagt worden, dass die Rechtslage eindeutig ist: Es ist nicht möglich. Abschlüsse aus Drittstaaten haben keine Chance auf Anerkennung, auch nicht auf teilweise Anerkennung, weil das eben den EU-Mitgliedstaaten vorbehalten bleibt und den Staaten im EU-Wirtschaftsraum, also zum Beispiel der Schweiz. Artikel 7 Absatz 4 des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes sagt das leider eindeutig. Das wollen wir heute hier ändern,

(Beifall bei der FDP)

und zwar nicht mit einer Sonderregelung für die Ukrainer, die nur für die Ukrainer gilt, sondern mit einer klaren rechtlichen Handhabe, eben bezogen auf EU-Beitrittskandi-

datenstaaten. Das ist also eine grundsätzlich tragfähige Lösung, nicht nur eine Krisenreaktion. Der Status bedeutet nämlich, dass sich ein europäisches Land nicht nur aktiv dafür entschieden hat, sich in den Aufnahmeprozess zu begeben und damit auch seine Standards an die der EU angleichen möchte. Es bedeutet auch, dass die Europäische Kommission den Antrag des Landes nach den entsprechenden Kriterien geprüft hat und dann dem Rat der EU mit einer positiven Empfehlung vorgelegt hat, der dann einstimmig, mit all seinen Mitgliedstaaten, das Ganze beschlossen hat.

Da ist also einiges passiert. Das Land befindet sich schon weit auf dem Weg in die Europäische Union, in den europäischen Rechtsrahmen. Wir beantragen nun, dass es bezüglich der Anerkennung von Lehramtsabschlüssen auch schon so behandelt wird wie ein Mitgliedstaat. Das ist eine sehr ausgewogene und in sich auch schlüssige Lösung, die dazu beitragen kann, unsere Schulen und unsere Lehrkräfte insgesamt zu entlasten.

Andere Bundesländer – das sage ich noch dazu – gehen da übrigens sogar schon weiter, schauen zum Beispiel eben bei den sogenannten Drittstaaten nicht auf die Herkunft und sagen nicht: Nein, das geht nicht. Stattdessen schauen sie auf die Qualifikation und Eignung, und nur auf die Qualifikation und Eignung. Wir wählen hier sogar lediglich einen Mittelweg, sind da zurückhaltend, um erste Erfahrungen zu sammeln, bevor wir dann auch weitergehende Schritte besprechen können.

Diese Gleichbehandlung bedeutet nicht, dass wir die Kontrolle über die Qualität unserer Lehrkräfte aufgeben würden. Im Gegenteil: Es folgt immer eine Sicherstellung der Qualifikation; entweder über eine Eignungsprüfung oder über eine bis zu dreijährige Nachqualifizierungsmaßnahme. Das Gesetz definiert außerdem die nötige Sprachkenntnis als Grundvoraussetzung, immer schon, jetzt gilt es ja auch: Wir reden da von C1- oder C2-Niveau. Mehr geht eigentlich kaum. Ohne diese Sprachkenntnisse braucht sich ein Lehrer dann im Rahmen des Gesetzes auch nicht um die Anerkennung oder Nachqualifizierung zu bemühen.

Das ist ein wohlüberlegter Schritt, der noch immer mit anspruchsvollen Hürden verbunden ist. Aber wir geben damit auch diesen über Hundert studierten Lehrkräften, die sich schon bei uns befinden, eine klare Perspektive. Sie müssen sich nicht völlig umorientieren oder gar nach jahrelanger Berufserfahrung noch mal alles in einem unbezahlten Studium von vorne durchkauen. Mit unserem Vorschlag kann gezielt nachqualifiziert werden, da, wo es nötig ist. Das wollen wir, und dafür werben wir heute.

Es ist dieses Signal, das wir aussenden wollen an Hunderte Lehrkräfte, die auch, wenn sie schon mehrmals ihre Eignung bewiesen haben, zum Beispiel in den Willkommensgruppen oder in den Brückenklassen, immer noch keine Aussicht auf eine unbefristete Anstellung als Lehrkraft in Bayern haben. Ihnen rufen wir zu: Ja, ihr seid auch wirklich bei uns willkommen! Bei uns zählen Leistung, die fachliche und persönliche Eignung mehr als die Herkunft.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Barbara Regitz für die CSU-Fraktion. Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Barbara Regitz (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen, meine Herren! Auf der Tagesordnung steht die Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes mit dem Ziel, den berechtigten Personenkreis zu erweitern und den Zugang zum bayrischen Schuldienst zu erleichtern. Dies soll gelten für Lehrkräfte aus der Ukraine und aus Staaten mit EU-Beitrittskandidatenstatus. Das ist ein ernstes Thema. Ernst, weil es bei den Ukrainern um einen Personenkreis mit persönlichem Kriegsschicksal geht. Ernst auch, weil ukrainische Lehrkräfte unsere Schulen möglicherweise unterstützen könnten, und ernst, weil unsere Lehrkräfte nun eben auch noch die Integration der vielen ukrainischen Schülerinnen und Schüler leisten müssen.

Doch gleichzeitig schießt die FDP wieder mal über das Ziel hinaus. Darauf komme ich nun im Einzelnen: Was will die FDP? Wer soll eingestellt werden zu erleichterten Be-

dingungen? – Es handelt sich um Lehrkräfte aus der Ukraine und um Lehrkräfte aus Albanien, Moldau, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien und der Türkei.

Kurz gesagt: Der Lehrermangel soll durch Einstellung anders qualifizierter Kräfte behoben werden; denn es besteht ein erheblicher zeitlicher und auch qualitativer Unterschied in der Lehrerausbildung. Dennoch sollen genau diese Lehrkräfte in feste Arbeitsverhältnisse unbefristet an unseren Schulen eingestellt werden.

Da stellt sich die Frage: Was sollten Lehrkräfte in Bayern können? – Lehrkräfte in Bayern erfüllen ein breitgefächertes Aufgabenpensum und verfügen über ein qualifiziertes Leistungsspektrum. Sie sollen Wissen vermitteln, kontinuierlich fördern, individuell fördern, beraten, beurteilen, Verwaltungstätigkeiten und administrative Arbeiten ausüben sowie natürlich sprachlich kompetent sein. Denn sprachliche Kompetenz ist die Basis für Kommunikation, für eine gute Zusammenarbeit. Wer mit Menschen in unserem Land zusammenarbeiten will, muss sie verstehen, sich austauschen können. Voraussetzung für eine gelingende Zusammenarbeit ist darüber hinaus ein gemeinsames Verständnis des Bildungs- und Erziehungsauftrags.

Welche Voraussetzungen davon bringen die Kräfte aus der Ukraine mit? – In der Ukraine haben Lehrkräfte ein vierjähriges Studium in einem Fach, sie sind also Ein-Fach-Lehrer. Sie haben kaum praktisch vertiefte Ausbildung, keine Referendarzeit, keine Vorbereitungszeit. Statt Kompetenzorientierung wie bei uns werden Inhalte auf verschiedenen Niveaustufen in den einzelnen Schuljahren unterrichtet. Dieses ukrainische Ein-Fach-Lehrer-Prinzip ist mit unserem bayerischen nur schwer kompatibel. Das soll nicht heißen, dass sie schlechtere Lehrerinnen und Lehrer sind. Aber die Voraussetzungen sind eben anders.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Schwamberger (GRÜNE))

Bei uns unterrichtet eine Lehrkraft in der Regel zwei Fächer. Nach der fachwissenschaftlichen Ausbildung im Studium durchläuft sie zwei Jahre Ausbildungszeit im dualen System, in Seminar und Schule. Referendare werden begleitet in staatsbürgerli-

cher Bildung, sammeln Erfahrungen in Didaktik und Methodik in Ergänzung zum Studium.

Damit ist klar, dass zwischen der Ukraine und Bayern bei der Ausbildung ein erheblicher zeitlicher und auch qualitativer Unterschied besteht. Wie sollten wir das unseren bayerischen Lehrkräften vermitteln? In Bayern bilden wir unsere Lehrer fundiert und mit erheblichem Aufwand aus, verlangen ihnen viel ab, ringen um Hundertstel bei der Staatsnote und besolden auch noch unterschiedlich. Lehrkräfte sind nicht nach ihrem persönlichen Schicksal zu beurteilen, sondern nach ihrer Qualifikation. Deshalb erziehen wir in Bayern national und auch international gute Erfolge für unseren Nachwuchs, für unser Land und für uns alle als Gesellschaft.

Täten wir uns und den ukrainischen Lehrkräften tatsächlich einen Gefallen? – Sicherlich in manchen Fällen, aber gewiss nicht bei der Mehrheit. Was wäre also die Folge, wenn wir auf maßgebende, etablierte Standards in der Lehrereinstellung verzichten? – Würden wir da nicht einen Niveauverlust in Bayern in Kauf nehmen?

Ich kann die Motivation, auch die Notlage ukrainischer Lehrkräfte verstehen. Ich sehe auch die Herausforderung unserer Schulen mit vielen Kindern und Jugendlichen ukrainischer Herkunft. Hilfe sollte passgenau erfolgen und alle Beteiligten der Schulfamilie möglichst zufrieden hinterlassen, um gerade in diesem Fall ein Beispiel für gelungene Integration zu sein. Den Schülerinnen und Schülern bringt es nichts, wenn sie mit den ukrainischen Lehrkräften nur schwer zuretkommen. Den Lehrerinnen und Lehrern bringt es ebenfalls wenig, wenn sie sehen, dass ihre Kolleginnen aus der Ukraine nur bedingt Fuß fassen, und auch den ukrainischen Lehrerinnen selbst bringt es wenig, wenn sie spüren und sehen, dass sie die Hürden und Ansprüche des bayerischen Bildungssystems kaum meistern.

Noch etwas ist bei Ihrem Gesetzentwurf fragwürdig: Warum wird dieser Personenkreis ausgewählt? Denn was für Pädagogen aus der Ukraine gilt, findet sich ebenso oder ähnlich bei den anderen im Entwurf vorgeschlagenen Gruppen. Müssten wir denn

dann nicht auch Lehrkräfte aus Bosnien-Herzegowina oder Georgien aufnehmen, die EU-Beitrittsverhandlungen führen?

Schließlich behaupten Sie, es entstünden keine Kosten. Das wage ich schwer zu zweifeln; denn die erheblichen Ausbildungsunterschiede müssen durch Maßnahmen der Nachqualifizierung ausgeglichen werden, und die gibt es nicht zum Nulltarif.

(Matthias Fischbach (FDP): Das steht aber dabei!)

Es bestehen bewährte Instrumente, um Lehrkräfte aus anderen Ländern mit einer vollständigen Lehrerqualifikation bei uns in den Schuldienst aufzunehmen. Zeitlich befristet können Lehrkräfte bereits jetzt an unseren Schulen arbeiten, als Vertretungslehrkraft, Team-Lehrkraft und Willkommenslehrkraft. Sie können sich auch in einem weiteren Fach nachqualifizieren und anschließend die Referendarzeit durchlaufen wie alle anderen Lehrkräfte auch. Es besteht also keine Notwendigkeit zur Änderung des Gesetzes. Deshalb lehnen wir Ihren Entwurf ab.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist Herr Vizepräsident Thomas Gehring für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der erste Satz in der Problembeschreibung des FDP-Gesetzentwurfs bringt es auf den Punkt. Wir hatten den Lehrkräftemangel schon vor der Ukraine-Krise. Jetzt ist eine neue Situation hinzugekommen. Herr Piazolo, es ist schon frappierend, wie sich Ihre Wahrnehmung von der Wahrnehmung der Menschen vor Ort und an den Schulen unterscheidet.

(Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo: Ich habe doch noch gar nichts gesagt!)

In der Bildungspolitik gilt das Gleiche wie im Fußball: Die Wahrheit liegt auf dem Platz. Hier liegt sie an den Schulen. Dort besteht die Situation, dass Kinder nach Hause geschickt werden, nicht wegen Corona, sondern weil keine Lehrkraft da ist. Die Eltern sind nach dem Homeschooling am Ende, und die Lehrkräfte gehen auf dem Zahnfleisch. Unsere Kinder und Jugendlichen haben nach Corona einen großen Nachhol- und Förderbedarf. Und Sie streichen Unterricht! Sie streichen Förderung! Unterricht fällt aus!

Liebe Frau Kollegin Regitz, Sie reden vom Niveau, das gehalten werden muss. Ich finde, das schlechteste Niveau für die Schülerinnen und Schüler entsteht dann, wenn gar kein Unterricht stattfindet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer hier ein paar Jahre im Landtag ist, kennt auch die Geschichte. Wir haben schon vor Jahren gefordert, zusätzliche Lehrkräfte einzustellen. Facebook hat mich an eine meiner vergangenen Taten erinnert. Mir ist kürzlich eine Pressekonferenz hochgespielt worden, bei der ich vor sieben Jahren gesagt habe, dass die Staatsregierung den Zuwachs von Schülerinnen und Schülern durch Zuwanderung in ihren Prognosen systematisch unterschätzt. Das gilt auch für die Zuwanderung aus anderen Bundesländern, für die Zuwanderung aus der EU und natürlich auch für die Zuwanderung von Flüchtlingen. Das Ergebnis dieser systematischen Unterschätzung ist die Krise, die wir heute haben. Die CSU-Regierung hat es jahrelang versäumt, zusätzliche Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Aber vermutlich legt eher ein Mops einen Wurstvorrat an, als dass die CSU rechtzeitig Lehrerstellen schafft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt haben wir die Situation mit der Ukraine-Krise. Die Zahlen sind genannt worden: Wir sprechen von etwa 40.000 geflüchteten ukrainischen Schülerinnen, Schülern und Jugendlichen sowie über Hunderte von Lehrkräften, die bei uns im Land sind. Ja, sie werden zum Teil an den Schulen angestellt, zum Beispiel in den Brückenklassen als

Team-Lehrkräfte. Im Amtsdeutsch heißen sie so schön schrecklich "Aushilfsnehmer". Das ist ein wunderbarer Begriff. Ihre Arbeitsbedingungen sind miserabel, ob es sich um Deutsche, Ukrainer oder andere handelt.

Wir haben festgestellt, dass es oft ewig dauert, bis die Verträge fertig sind und die Leute ihr Geld bekommen. Ich hatte kürzlich den Fall, dass ein ukrainischer Lehrer von einem Campingplatz und einer Schule ein Angebot hatte. Er ging dann zum Campingplatz; denn da kriegt er sein Geld schneller als an der Schule.

Der FDP-Gesetzentwurf geht in die richtige Richtung. Wir müssen überlegen, ob er denn vielleicht zu kurz springt. Natürlich ist es sinnvoll, die EU-Beitrittsländer einzubeziehen. Die Situation der anderen Länder, zum Beispiel der Türkei, ist schon angesprochen worden. Wir haben viele Lehrkräfte aus der Türkei, die in Deutschland arbeiten, aber nicht an den Schulen. Deshalb brauchen wir die Möglichkeit, dass diese Lehrkräfte ihre Qualifikationen anerkannt bekommen und schnell in der Schule arbeiten können. Sie sollen eben nicht ein ganzes Studium oder ein halbes Studium plus Referendariat nachmachen müssen, und das meistens ohne Bezahlung. Das werden die Leute nicht machen, sie werden zum Putzen gehen, anstatt an der Schule ihre Qualifikation einzubringen.

Zum Niveau: Ja, die Lehrerausbildung ist in anderen Ländern anders. Bei der Digitalisierung können wir aber alle von den Lehrerinnen und Lehrern aus der Ukraine lernen. Da haben die uns einiges voraus. Dünkel aufgrund des hohen Niveaus unserer Lehrerbildung und der Schwäche der Lehrkräfte aus anderen Ländern sind deshalb meines Erachtens nicht angebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen diese Novelle des Lehrerbildungsgesetzes. Vielleicht müssen wir darüber diskutieren, ob wir es noch weiter fassen müssen. Wir brauchen Module für die Quereinsteiger; denn wir haben nicht nur ausländische Lehrkräfte, sondern inzwischen auch deutsche, die ohne ein Lehrerstudium mit einem Magister in irgendeinem Fach

eingestellt werden. Da wird die Qualitätsdiskussion gar nicht mehr geführt. In diesem Jahr werden sogar Lehrkräfte eingestellt, die irgendwann einmal einen Yoga-Kurs geben haben. Auch solche Leute stehen heute vor unseren Klassen. Das bedeutet, wir haben einen großen Bedarf, Menschen nachzuschulen und ihnen Angebote zu machen. Deshalb müssen Module entwickelt werden, damit die Leute gleich unterrichten können, aber die Unterstützung bekommen, die sie brauchen. Die Universität Eichstätt hat dafür Angebote gemacht. Hier müssen wir zugreifen.

Danke, liebe FDP, für diesen Gesetzentwurf. Er bringt dieses Thema noch einmal in die Diskussion. Wir in der Ampel sind uns einig, wenn es darauf ankommt. Wir sind da offen, wenn ein Vorschlag von irgendeiner Seite kommt. Deswegen werden wir über dieses Thema im Ausschuss diskutieren. Ich bin gespannt, ob Sie sich hier bewegen können. Ich freue mich auf die Ausschussberatungen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Vielen Dank, Herr Kollege. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Tobias Gotthardt für die FREIEN WÄHLER. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Gehring, Verwirrung ist keine Einigkeit. Das möchte ich nur gesagt haben.

Herr Kollege Fischbach, das ist wieder einmal ein Gesetzentwurf der FDP zum Thema Bildung. Darauf freue ich mich immer. Ganz ernsthaft: Ich habe ihn mir angesehen, weil wir uns in den Ferien, weit jenseits der Untätigkeit, viele Gedanken darüber gemacht haben, wie wir die Unterrichtsversorgung in Bayern garantieren können. Wir haben auch viele Maßnahmen ergriffen. Dabei ging es um Sofort- und Ultrasofortmaßnahmen, die zum Schuljahresbeginn wirken. Ich rede nichts schön: Wir haben keine Matratze, auf der wir uns ausruhen können. Wir können aber zumindest die Unterrichtsversorgung in Bayern garantieren. Das möchte ich Ihnen zur Kenntnis geben.

Zu Ihrem Vorschlag: Wir haben uns sachlich darüber unterhalten. Nach Ihrer Rede muss ich aber den Staub des beginnenden Wahlkampfes der FDP zur Seite wischen und versuchen, den Kern des Anliegens zu finden. Aus der Sicht des Europaausschussvorsitzenden ist es mir wichtig, dass wir zwischen den EU-Mitgliedsländern und den Beitrittskandidaten unterscheiden. Der große Unterschied innerhalb der Europäischen Union liegt in zwei Richtlinien, die ich kurz nenne: die Berufsanerkennungsrichtlinie und die Richtlinie zur Anerkennung von Hochschulabschlüssen. Diese Richtlinien garantieren die Anerkennung gleichwertiger Abschlüsse. Das ist der Mehrwert, den wir in der Europäischen Union haben.

Die Beitrittskandidaten machen sich auf einen Weg. Sieht man sich aber die Liste der Staaten an, die Sie aufgezählt haben, erkennt man, dass dieser Weg unterschiedlich lang ist. Ich kann überhaupt nicht überblicken, welche Voraussetzungen ich in den unterschiedlichen Beitrittsländern habe. Deshalb ist es sehr wichtig, sich die Länder genau anzusehen. Das tun wir auch. Deswegen wehre ich mich gegen den Vorwurf, wir würden hier in Bayern keinem einzigen dieser Länder eine Chance geben. Natürlich geben wir ihnen eine Chance. Wir machen das in der Einzelfallprüfung für jeden aus einem Drittstaat, der bei uns an einer bayerischen Schule arbeiten möchte. Das ist übrigens ein Prozedere, das in allen Bundesländern – auch in denen mit FDP-Beteiligung – mit ein paar Nuancen Unterschied genau so gehandhabt wird. Lehrkräfte aus Drittstaaten werden erst einmal geprüft. Dann schaut man auf die Eignung und nach der Vergleichbarkeit; wenn dann Stufen fehlen, wird angeboten, diese fehlenden Stufen in einer universitären Zusatzausbildung und bis zur Ersten Staatsprüfung nachzuerwerben. Dann kann jeder bei uns in Bayern als Lehrkraft arbeiten.

Auf dem Weg dorthin kann er problemlos – auch schon vorher – als Brückenlehrkraft arbeiten. Das ist ein faires und wichtiges Angebot, das hier auch schon einige Leute – gerade aus der Ukraine – nutzen. Dass wir den Unterschied machen müssen, zeigt – Kollegin Regitz hat es schon gesagt – der Unterschied in der Ausbildung. Denn in der Ukraine gibt es eine Lehrerausbildung, die bis zum Bachelor geht. Zum Teil gibt es

Ein-Fach-Lehrkräfte. Weil ich das vorhin aus der Richtung der SPD gehört habe: Ich werte damit jetzt nichts ab, ich schätze das sehr hoch, aber wir brauchen die Vergleichbarkeit. Sie ist die Grundlage für Qualität an unseren Schulen. Die wollen wir weiterhin garantieren.

Deswegen sind diese beiden Wege – das Angebot der sofortigen Anstellung als Brückenlehrkraft und die Möglichkeit, bei Einzelfallprüfung an bayerischen Universitäten zur Vergleichbarkeit bis zur Ersten Staatsprüfung zu gehen und dann auch an den Schulen als Lehrkraft arbeiten zu können – ein unglaublich faires Angebot, das uns hilft, diese Menschen dauerhaft für den Lehramtsberuf in Bayern zu gewinnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Deswegen bitte ich darum, dass wir die ganze Debatte wirklich jenseits des Wahlkampfs wieder sachlicher führen. Ich habe meine ganzen Sommerwochen und -monate dafür geopfert, um gemeinsam mit dem Kultusminister und der Staatsregierung Möglichkeiten und Wege zu finden, noch Lehrkräfte zu finden. Das war eine sachliche Arbeit; sie hat gutgetan. Was von Ihnen in Ihrer Rede kam, hat nicht gutgetan, weil es nicht sachlich ist und keinen weiterbringt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Typisch FDP! Polemik halt!)

Deswegen lautet meine Bitte: Lassen Sie uns zur sachlichen Ebene zurückkehren! Lassen Sie uns darüber reden. Wir leisten jetzt schon mehr, als der Antrag der FDP vermuten lässt. Wir leisten jetzt schon mehr, als im Antrag vorgeschlagen wird. Deswegen gehen wir weiterhin unseren erfolgreichen bayerischen Weg und setzen auf diesem Weg darauf, Lehrkräfte aus Drittstaaten für Bayern zu gewinnen, und zwar dauerhaft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Roland Weigert (FREIE WÄHLER): Bravo!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächster Redner ist Oskar Atzinger für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Oskar Atzinger (AfD): Wertes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Vestimentum non facit monachum. – Kleidung macht keinen Mönch und ein Titel keinen Lehrer. Noch hat Bayern bei der Ausbildung von Lehrern ein hohes Niveau. Doch wenn es nach dem Willen der FDP geht, dann soll sich dies ändern. Jeder vykladach aus der Ukraine und jeder ögretmen aus der Türkei soll in Zukunft in Bayern unterrichten dürfen, vermutlich in seiner Landessprache;

(Widerspruch bei der SPD sowie Abgeordneten der CSU)

denn die deutschen Kinder werden ohnehin bald in der Minderheit sein. In den Städten sind sie dies bereits jetzt.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Au weh! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Also, das ist ja unterste Schublade! – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Sie würden Russisch einführen!)

Von einer Partei wie der FDP, die die Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine und die Abschaffung von Deutsch als alleiniger Amtssprache befürwortet, kann man eigentlich nichts anderes erwarten.

(Matthias Fischbach (FDP): Mutig!)

Wer Waffen liefert, bekommt noch mehr Flüchtlinge zurück. Das sei denen gesagt, die nicht wissen, wo der Ursprung des Problems liegt, das der Gesetzentwurf der FDP vermeintlich lösen will. Das Problem sind die hohen Flüchtlingszahlen. Der vorliegende Gesetzentwurf will ein strukturelles Problem beseitigen, indem er den Lehrermaangel mit gerade erst nach Deutschland gekommenen Menschen beheben will. Er ist

unter dem Aspekt Flucht und Migration zu betrachten. Die FDP baut darauf, dass eben erst vor Krieg und Not geflüchtete Menschen sofort unserem maroden Schulsystem unter die Arme greifen. Das kann nicht zielführend sein.

Wer solche Gesetzentwürfe präsentiert, hat kein ernsthaftes Interesse daran, dass der Bildungsstandort Bayern seine Qualität beibehält. Nein, er nimmt billigend in Kauf, dass das Niveau weiter sinkt. Aber für unsere Kinder darf das Niveau nicht weiter sinken. Flüchtlinge, die oft selbst noch Anpassungsschwierigkeiten und Probleme bei der Integration haben, mit einer Lehrberechtigung auszustatten und auf unsere Kinder loszulassen, ist nicht erfolgversprechend. Strukturen zu schaffen, die den Flüchtlingen den Verbleib in Deutschland so schmackhaft wie möglich machen, ist abzulehnen.

Die Problemstellung der "Beschulung ukrainischer Kinder" ist ein Folgefehler falsch verstandenen Asylrechts. Das Asylrecht ist ein Recht auf Zeit, im vorliegenden Ukraine-Konflikt bis zur Befriedung des Landes. Im Gesetzentwurf ist von Hunderten nach Bayern geflohenen Personen mit ukrainischer Lehrqualifikation die Rede, denen keine mittelfristige Anstellungsperspektive gegeben wird. Das ist völliger Quatsch.

(Widerspruch bei der SPD)

Sie haben eine sehr gute Anstellungsperspektive, und zwar in der Ukraine nach Beendigung des Konflikts, und auch in Deutschland als Vertretungs- und Willkommenskraft "Ukraine". Das ist auch zweckmäßig; denn es geht doch vorrangig um die Betreuung der ukrainischen Schüler durch eigene Landsleute.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ist das eine Rede aus dem Kreml? –
Tanja Schorer-Dremel (CSU): Das habe ich auch schon vermutet!)

Oder will man ernsthaft von einer ukrainischen Lehrkraft verlangen, dass sie einen deutschen Lehrer adäquat ersetzt? Seitens der AfD bestehen Zweifel daran, ob es Sinn ergibt, Geflüchteten mit staatlichen Mitteln eine Förderung und Bevorzugung zugeszustehen, die ihnen in ihrem Heimatland nicht zuteil würde. Warum sollte man die-

sen Anreiz schaffen und somit noch mehr Flüchtlinge speziell nach Deutschland locken?

(Ruth Müller (SPD): Mei oh mei! – Barbara Regitz (CSU): Das ist übel, was Sie verzapfen!)

Genau das Gegenteil sollte erreicht werden. Deutschland kann sich nicht noch mehr Flüchtlinge leisten, da sich viele Bürger bald Strom und Heizung nicht mehr leisten können.

(Beifall bei der AfD)

Mangels Einstellungsvoraussetzung können keine ukrainischen Lehrkräfte unbefristet eingestellt werden, und das ist gut so. Der Gesetzentwurf ist abzulehnen, da er das Problem Lehrermangel für regulär schulpflichtige Kinder nicht löst. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Abgeordneter. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Dr. Simone Strohmayer für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der FDP zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes ist auf den ersten Blick eine charmante Initiative. Es ist gut und wichtig, Lehrkräften aus der Ukraine Berufs- und Lebensperspektiven in Bayern zu geben. Diese Lehrer leisten in Bayern hervorragende Arbeit. Sie arbeiten angestellt an staatlichen Schulen, in Willkommensklassen, als Teamlehrer oder als Vertretungskraft, und sie werden gebraucht, liebe Kolleginnen und Kollegen, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, Sie begründen in Ihrem Gesetzentwurf Ihre Initiative vor allen Dingen mit dem gravierenden Lehrermangel in Bayern. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, Lehrermangel gibt es hier in Bayern dank der Staatsregierung und ihrer über Jahrzehnte hinweg verfehlten Personalpolitik in Bayerns Schulen. Hier ist immer alles auf Kante genäht worden. Es fehlen massiv Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen, an Mittelschulen, an Förderschulen, an Gymnasien und an Berufsschulen – man kann sagen: an allen Schularten hier in Bayern.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

Das ist Fakt, lieber Herr Kollege! Das ist traurige Realität hier in Bayern. Herr Kollege, wir saßen gestern mit Vertretern der Schulfamilie hier aus Bayern zusammen. Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Alle haben einheitlich gefordert, dass das Problem Lehrermangel endlich angegangen werden muss.

(Beifall bei der SPD)

Trotz dieser schwierigen Lage, in der wir uns befinden, müssen wir natürlich auch auf die Qualität achten. Es geht nicht nur darum, Stellen zu besetzen, sondern sie müssen auch gut und passgenau besetzt werden; hier gebe ich der Frau Kollegin recht.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Aha!)

Auch das war gestern Thema bei der Aussprache. Aus den Anfragen der SPD ging hervor, dass es in der Ukraine zum Beispiel den Ein-Fach-Lehrer gibt; bei uns gibt es ihn nicht.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Aha!)

Natürlich muss man da Möglichkeiten und Lösungen finden, wie man diese Qualifikationsebenen aneinander anpasst.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Aha!)

Aber ich sage Ihnen: Das ist möglich, wenn man will, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir sind uns darin einig, dass die Qualität der bayerischen Bildung erhalten bleiben muss.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Aha!)

Dafür ist aber nicht wichtig – hören Sie jetzt gut zu –, woher jemand kommt, sondern letztendlich dessen Qualifikation.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Oha!)

Im Gesetzentwurf der FDP steht, sie würde Nachqualifizierungsmöglichkeiten vermissen. – Ja, Herr Kollege, es fehlen Nachqualifizierungsmöglichkeiten. Leider benennen Sie im Gesetzentwurf nicht, wie diese aussehen sollen.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Fischbach (FDP))

Das wäre nämlich wichtig gewesen.

Wir als Sozialdemokraten wollen Zugangserleichterungen für Lehrerinnen und Lehrer. Damit das gelingt, brauchen wir Standards, die festgeschrieben werden. Ebenso müssen wir es schaffen, entsprechende Nachqualifizierungsmöglichkeiten, die passgenau sein müssen, zu schaffen. Natürlich geht es auch um die Frage, ob das Referendariat noch abgeleistet werden muss. Auch das ist sicherlich eine Frage, die beantwortet werden muss.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, insgesamt müssen wir uns damit anfreunden, dass wir Quer- und Seiteneinstieg ins Lehramt dauerhaft – ich sage Ihnen: dauerhaft – brauchen werden. Wir müssen entsprechende Möglichkeiten schaffen, damit dieser Quer- oder Seiteneinstieg auch gelingt.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Nächster Redner ist der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda. Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Seit Jahren werden der Lehrermangel und dessen Ursachen ignoriert, was sich jetzt als äußerst prekär für unser Schulsystem erweist. Darüber sind sich hier im Haus alle einig. Wer aber den Hut aufhat und wer die Schuld trägt – keiner will es gewesen sein.

Flüchtlingswellen und Familiennachzug von Migranten bringen nach Deutschland immer mehr schulpflichtige Kinder, die es zu unterrichten gilt. Die FDP möchte Flüchtlinge, die in ihrer Heimat als Lehrer unterrichtet haben und sofern sie aus Ländern mit EU-Beitrittskandidatenstatus kommen, trotz mangelnder Qualifikation und fehlenden Aufenthaltsstatus eine unbefristete Anstellung im Staatsdienst verschaffen. Die FDP will damit deren Gleichstellung mit EU-Mitgliedstaatlern. Das ist natürlich absurd und abzulehnen, denn in Berufen, in denen man mit Kindern arbeitet, ist die Qualifikation das A und O. Lehrer müssen das Curriculum beherrschen, über sehr gute Deutschkenntnisse verfügen, Sachwissen besitzen sowie gehobene pädagogische und soziale Kompetenzen nachweisen, die sich von denen der Herkunftsländer – zumindest derjenigen, die gemeint sind – wohl erheblich unterscheiden.

Lehrer spielen in der Erziehung und Bildung von Kindern eine für das Leben prägende Rolle, weshalb man sichergehen muss, dass auswärtige Lehrer mit der westlichen Mentalität und Erziehung der Kinder zurechtkommen. Ohne intensive Nachqualifizierung wäre – entgegen der Auffassung der FDP – die nach EU-Recht nötige Gleichwertigkeit der Berufsausbildungen in der Kürze der Zeit eben nicht zu erbringen. Es liegt nicht im Interesse unseres Landes, Nicht-EU-Staats für einen Berufsweg zu privilegieren, wenn bei Betrachtung der Gesamtlage eine Verfestigung zum erlaubten Dau-

eraufenthalt noch nicht einmal absehbar ist. Am Beispiel der Ukraine-Flüchtlinge darf man wohl –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Raimund Swoboda (fraktionslos): – eher erwarten, dass diese nach dem Krieg wieder in ihre Heimat zurückkehren. Deshalb sollte man sich darauf fokussieren, deutsche Lehrkräfte zu rekrutieren und zu fördern, die diesem Beruf –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Abgeordneter, kommen Sie jetzt bitte zum Ende.

Raimund Swoboda (fraktionslos): – in unserem Land langfristig nachgehen und so den Lehrermangel auch nachhaltig beheben.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für die Staatsregierung spricht jetzt noch der Herr Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe gerade überlegt, was ich während des Sommers vermisst habe. Ich sage es ganz deutlich: die Beiträge von der AfD nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU, den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Das war unsäglich. Unsäglich! Man kann über den Gesetzentwurf der FDP denken, wie man will. Dass er solche Wortmeldungen evoziert, ist aber nicht gerechtfertigt. Das ist nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der CSU und der FDP)

Das sage ich an dieser Stelle ganz deutlich, weil wir bei einem sehr ernsten und auch schwierigen Thema sind, das seit vielen Jahren gesehen wird. Die Bedarfe sind – ich kann das an dieser Stelle nur wiederholen – nichts Neues. Das geht an der Opposition auch teilweise vorbei. Man muss die Dinge immer wieder erzählen. Ich werde es heute nicht zu lang machen. Ich habe das bei der Pressekonferenz eine Dreiviertelstunde gemacht. Man hat das Gefühl, dass das manchmal müßig ist.

Es wird immer wieder und seit vielen Jahren betont, dass es kein Bundesland gibt, das eine so gute Lehrerbedarfsprognose wie Bayern macht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Insofern sind wir – – Wir wissen schon, wo wir Bedarfe haben. Seit vielen Jahren wird auch reagiert. Ja, es ist eine Reaktion auf Lehrer, die fehlen. Ich erinnere aber nur – ich will es nicht zu lang machen – an die Zweitqualifikanten: An den Grund- und Mittelschulen haben wir Tausende von Zweitqualifikanten mit anderen Lehramtsausbildungen. Das ist über Jahre aufgebaut worden. Da sind entsprechend hoch qualifizierte, hoch geschulte Lehrkräfte. Das wird seit Jahren gemacht.

In meiner Zeit – ich kann es auch noch einmal deutlich machen – haben wir die Zweitqualifikation natürlich weitergeführt, gestärkt. Wir haben freiwillige Maßnahmen. Ich war der einzige Minister, der dienstrechtliche Maßnahmen gemacht hat. In keinem der Bundesländer der Ampel ist das geschehen. Die haben alle – zum Großteil jedenfalls – wesentlich höhere Bedarfe und wesentlich höheren Mangel. Das wird in einem aufkommenden Wahlkampf aber natürlich nicht gesehen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Hört, hört!)

Ich will überhaupt nichts schönreden. Natürlich haben wir Bedarfe, gerade auch durch Corona. Ich schaue mir die Zahlen sehr wohl an, auch das, was wir jetzt hier in Mün-

chen, in Eichstätt, in Straubing und in anderen Orten erleben, wo die Zahlen rausgehen. Das ist in einer freiheitlichen Gesellschaft – und wir wollen wieder mehr Freiheit und dass die Menschen mehr rausgehen – halt eine der Konsequenzen, die wir haben und der wir auch begegnen müssen.

Ich will nur auf der anderen Seite auch wieder einmal sagen: Wir hatten in Bayern noch nie so viele Lehrkräfte im Dienst wie aktuell. Das will ich auch wieder einmal deutlich machen: über 100.000 Lehrkräfte sind im staatlichen Schuldienst.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Wir haben auch mehr Kinder!)

– Nein, wir haben nicht mehr Kinder.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Richtig!)

Nein, das haben wir nicht. Wir hatten vor 10 und 20 Jahren mehr Schüler, aber damals weniger Lehrer.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Nur – und deshalb ist das, was ich jetzt sage, natürlich auch relativ einfach strukturiert – haben wir jetzt natürlich auch mehr Aufgaben. Wir haben kleinere Klassen, all das. Insofern müssen wir uns da mal – dazu ist aber heute nicht der Platz – gerne intensiv unterhalten. Das machen wir vielleicht mal wieder im Bildungsausschuss.

Ich will an dieser Stelle aber – – Das ist mir schon sehr, sehr wichtig, weil – das hat auch Tobias Gotthardt deutlich gemacht – wir in den letzten Wochen und Monaten sehr, sehr intensiv daran gearbeitet haben, die entsprechenden Stellen zu besetzen. Lieber Herr Fischbach, es geht um – das habe ich immer gesagt – die Besetzung der offenen Stellen. Das ist schon was anderes als: Wo fehlt was? – Jetzt ging es darum, welche Stellen wir ausschreiben und wie viel wir besetzen. Da ist in den letzten Wochen und Monaten enorm viel passiert.

Deshalb an dieser Stelle auch mein Dank an die Schulämter, an die Regierungen, an all diejenigen, die sich hier wirklich über die Ferien hinweg bemüht haben, Unterrichtsversorgung sicherzustellen. Dazu haben übrigens auch ukrainische Lehrkräfte entscheidend beigetragen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich will jetzt noch einen Dank an die ukrainischen Lehrkräfte, die bei uns sind, anschließen. Es wird ja so getan und auch im Gesetzentwurf unterstellt, als ob wir da keine Chancen gäben. – Wir haben bei uns im Schulsystem in den Brückenklassen inzwischen über 550 ukrainische Kräfte mit unterschiedlichen Qualifikationen und auch mit unterschiedlichen Verträgen eingestellt. Ich bin sehr dankbar – ich sage das ganz deutlich –, dass sie bei uns sind, dass wir ihnen eine Chance geben und dass sie die Chance auch wahrnehmen. Das nutzt unseren Kindern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich will es ganz deutlich formulieren – er hat jetzt leider den Saal verlassen, aber ich kann es ihm nachher auch persönlich sagen –: Kollege Gehring stellt sich hier hin und sagt, viele Ukrainerinnen putzen lieber, als Lehrkräfte zu sein. Das sind Aussagen, die ich eigentlich nicht dem normalen Niveau dieser Debatte angemessen finde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von den FREIEN WÄHLERN und der CSU: Bravo!)

Wobei ich auch ganz deutlich machen möchte, dass ich die Tätigkeit des Sauberma- chens auch hier im Land sehr hoch schätze und wir die nicht so geringschätzen soll- ten, wie das gerade getan worden ist. Das sind, egal aus welcher Nation sie kommen, wichtige Kräfte, die bei uns saubermachen, pflegen und vieles mehr. Auf diejenigen, die bei uns unterrichten, trifft das auch zu. Deshalb bitte nicht dieser Ton! Das war ein ganz schönes Stück Arroganz.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich will dennoch sagen: Ich finde es richtig, im Parlament Gesetze einzubringen. Ich halte diesen Gesetzentwurf, Herr Fischbach und Kollegen von der FDP-Fraktion, für nicht sehr hilfreich, aber zumindest diskutieren wir über ein wichtiges Thema. Das ist ja schon mal was. Ich glaube, das hilft uns deshalb nicht weiter – das ist in verschiedenen Reden schon angesprochen worden –, weil wir das Thema etwas differenzierter angehen müssen. Wir müssen aufpassen, dass wir keinen Qualitätsverlust erleiden. Wir haben – ich will das nicht wiederholen, das ist oft überstrapaziert – Bildungsmonitoren und vieles mehr. Nur: Bayern wird seit Jahren bescheinigt, an den Schulen hohe Qualitätsstandards zu haben. Die müssen wir halten.

Das heißt nicht, dass wir ukrainische Kräfte, türkische Kräfte, montenegrinische Kräfte oder wen auch immer bei uns nicht aufnehmen, wenn sie die entsprechende Qualifikation haben. Aber es sind nun zum Teil andere Qualifikationen. Deshalb müssen wir sie und wollen wir sie auch entsprechend nachschulen und nicht einfach aufnehmen. Es ist dann schon notwendig, entsprechend nachzuschulen und diese Karrierewege einzuräumen. Genau das wollen wir tun und werden wir auch tun. Das gilt übrigens auch für Kräfte, die in Deutschland studiert haben, aber kein Lehramt studiert haben, egal ob es an den Universitäten oder an den Fachhochschulen ist, wo man seinen Bachelor oder seinen Master erwirbt. Wir wollen diejenigen, wenn sie in unseren Schulen arbeiten wollen, mit den entsprechenden Qualifikationen aufnehmen, aber auch weiterentwickeln. Das heißt insbesondere – das will ich zum Abschluss noch deutlich machen –: Wir haben hier sinnvolle Sondermaßnahmen.

Ich persönlich bin ein großer Freund von zwei Staatsexamen. Ich bin jemand, der das Referendariat für sehr, sehr sinnvoll hält. Deshalb ist es dann auch notwendig, diejenigen, die mit unbefristeten Verträgen längerfristig bei uns arbeiten wollen, über diese Schiene einzuschleifen, weiter zu schulen und entsprechend in ein Schulsystem hineinzubringen. Da ist es dann aber notwendig, dies nicht pauschal für alle zu sagen, egal welche Ausbildung sie haben, sondern sich das, wie wir das tun, genau individuell anzuschauen. Dann müssen wir es bewerten. Dann müssen wir auch sehen, wo wir

den entsprechenden Bedarf haben, und dann je nachdem die Kräfte in die Referendarzeit aufnehmen und so schulen und ausbilden, dass sie für unsere Schülerinnen und Schüler einen Mehrwert bringen.

Insofern: Danke für die Diskussion, die wir führen. Ich bitte, nicht alle Zahlen und sonst was durcheinanderzubringen, sondern trotz des aufziehenden Wahlkampfes sachlich und konstruktiv zu diskutieren. Ich freue mich auf entsprechende Diskussionen im Bildungsausschuss. Seien Sie gewiss, dass gerade wir uns um die Qualität unserer Schulen Gedanken machen und sie hochhalten; denn all das, was wir tagtäglich tun, tun wir für unsere Schülerinnen und Schüler. Da sind wir in Bayern sehr gut aufgestellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Minister, es gibt noch eine Zwischenbemerkung des Kollegen Arif Taşdelen.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Minister Piazolo, Sie haben dem Herrn Vizepräsidenten Gehring Unrecht getan. Herr Gehring hat gesagt, dass sich einer für einen anderen Arbeitgeber entschieden hat, weil er zuverlässig und schnell Lohn bezahlt hat. Er hat die Art der Tätigkeit definitiv nicht erwähnt.

(Widerspruch bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Doch! Natürlich! Hat er erwähnt! Zuhören bitte!

Arif Taşdelen (SPD): Dieses Niveau ist kein Niveau für einen Kultusminister.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Na, na! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Die Zwischenfrage auch nicht! – Weitere Zurufe von der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Soll ich ihn fragen?

Dann fragen wir ihn mal.

(Unruhe)

– Er hat es genannt. Sie haben nicht richtig zugehört. Er hat nicht zugehört.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Das Wort hat noch der Herr Taşdelen.

Arif Taşdelen (SPD): Zur Frage: Sie haben gesagt, dass wir mehr Lehrerinnen und Lehrer haben als je zuvor. Sind es Köpfe oder Vollzeitstellen?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Beides!

Arif Taşdelen (SPD): Und Sie haben gesagt, dass wir im Vergleich zu den letzten Jahren nicht mehr Schülerinnen oder Schüler haben. Könnten Sie uns da bitte Zahlen nennen?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Gerne. Also: Bitte zuhören. Ich habe bei der Rede von Herrn Gehring sowohl "Campingplatz" als auch "putzen" verstanden. Diese beiden Begriffe sind gefallen. Stimmt das, oder stimmt es nicht?

(Zurufe von den FREIEN WÄHLERN und der CSU: Genau! – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): So ist es!)

Ist das so gefallen oder nicht?

(Gisela Sengl (GRÜNE): Ist es üblich, dass der Vizepräsident einfach so gefragt wird?)

– Es ist schon üblich, wenn etwas behauptet wird. Das können wir schon machen. Wenn er das nicht will – – Es war nur eine Frage. Er hat sie nicht beantwortet.

(Gisela Sengl (GRÜNE): Es geht um die Zuverlässigkeit der Bezahlung! Das ist das Thema!)

– Nein!

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Wir haben ein Protokoll! Da schauen wir nach!)

– Darf ich vielleicht ausreden? Wir schauen im Protokoll nach. Er muss ja nicht antworten. Ich habe aber das Recht, eine Frage zu stellen. Da sind wir uns wohl einig.

Ich jedenfalls habe das gehört und habe das entsprechend kommentiert.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): So ist es! Wir haben es alle gehört!)

Das ist meine Meinung. Es bleibt jedem überlassen, eine andere Meinung zu haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben – das habe ich gesagt – so viele Lehrer wie noch nie im staatlichen Dienst. Das sind erst mal Köpfe. Aber wir haben auch so viele Stellen wie noch nie. Das sind die Planstellen. Beides stimmt. Ich habe auch gesagt, dass wir nicht mehr Schülerinnen und Schüler haben als in den vergangenen Jahren. Aber ich kann gerne – das können wir gerne noch mal machen – Vergleichszahlen liefern von vor zehn Jahren oder auch von vor zwanzig Jahren, wo wir vergleichbare Schülerzahlen wie jetzt hatten und wesentlich weniger Lehrer. Ich glaube aber trotzdem – das habe ich in meiner Rede gesagt, und das kann man erwähnen –, dass das die Realität nur teilweise abbildet. Das habe ich auch deutlich gemacht, weil wir inzwischen mehr Aufgaben haben – genannt seien Migration, Integration und noch vieles mehr – und weil wir inzwischen auch deutlich kleinere Klassen haben. Wir haben in Tausende von Lehrerstellen investiert, um die Klassen kleiner zu machen, was auch sehr sinnvoll ist. Also haben wir weniger Schülerinnen und Schüler in einer Klasse. Ich kann gerne auf Wunsch die konkreten Zahlen nachliefern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung und Kultus als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Nein. Dann ist das so beschlossen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach,
Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Drs. 18/23635**

**zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes
hier: Zugangserleichterung für Lehrkräfte aus der Ukraine und aus weiteren
Staaten mit EU-Beitrittskandidatenstatus**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Matthias Fischbach**
Mitberichterstatterin: **Barbara Regitz**

II. Bericht:

- Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 65. Sitzung am 13. Oktober 2022 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.
- Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf in seiner 90. Sitzung am 8. Dezember 2022 endberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
B90/GRÜ: Enthaltung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FDP: Zustimmung
Ablehnung empfohlen.

Tobias Gotthardt
Stellvertretender Vorsitzender



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt, Alexander Muthmann und Fraktion (FDP)

Drs. 18/23635, 18/25639

**zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes
hier: Zugangserleichterung für Lehrkräfte aus der Ukraine und aus weiteren Staaten mit EU-Beitrittskandidatenstatus**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Matthias Fischbach

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Barbara Regitz

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Dr. Anne Cyron

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Abg. Julika Sandt

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo

Abg. Markus Bayerbach

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika

Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes

hier: Zugangserleichterung für Lehrkräfte aus der Ukraine und aus weiteren

Staaten mit EU-Beitrittskandidatenstatus (Drs. 18/23635)

- Zweite Lesung -

Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 32 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. – Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieser Gesetzentwurf hat hier im Parlament, aber auch weit darüber hinaus schon viele Debatten hervorgerufen; denn an vielen Orten ist erkennbar, wo er eine wirkliche Hilfe wäre.

Kürzlich sprach ich zum Beispiel mit einer Schulrätin. Sie ist zum Schulstart damit beschäftigt gewesen, große Lücken bei der Stellenbesetzung zu füllen und zu flicken. Sie erzählte mir von einer hervorragenden Bewerberin, einer studierten Lehrkraft. Diese sei motiviert und habe fachlich das genau passende Profil. Aber: Der Weg zu einer ordentlichen Lehrerstelle in Bayern bleibe ihr faktisch versperrt. Sie ist als Deutsch-Türkin, die hier geboren wurde und perfekt Deutsch spricht, nicht in der Lage, hier zu arbeiten; denn sie hat den Fehler gemacht, ihr Studium, ihre Lehrerausbildung, in der Türkei zu absolvieren. Damit bleibt ihr nur, das Studium inklusive Staatsexamen und das Referendariat hier in Bayern nachzuholen oder sich von Aushilfsstelle zu Aushilfsstelle zu hängeln. Das ist ein Problem. Dieses Problem liegt nicht in ihrer Person

oder ihrer Qualifikation, sondern in der viel zu restriktiven Gesetzeslage in Bayern. Genau das wollen wir heute ändern.

Mit diesem Gesetzentwurf wird nicht jeder im Ausland erworbene Abschluss gleich anerkannt, aber er bringt die Chance einer fairen Überprüfung und gegebenenfalls die Festlegung angemessener Nachqualifizierungsmaßnahmen. Was wir hier vorschlagen, ist kein komplett neues Verfahren. Nein, es ist ein jedes Jahr hundertfach eingesetztes Verfahren mit erfolgreich absolvierten Nachqualifizierungs- und Ausgleichsmaßnahmen, allerdings nur für Lehrkräfte, für Lehramtsabschlüsse aus der EU und dem europäischen Wirtschaftsraum. Diese Möglichkeit wollen wir im ersten Schritt mit dem Gesetzentwurf auf jene Staaten ausweiten, die schon auf dem Weg in die EU sind, also für die EU-Beitrittskandidatenstaaten. Für sie gab es schon eine Empfehlung der EU-Kommission und einen einstimmigen Ratsbeschluss der Mitgliedstaaten, dass man sich gemeinsam auf diesen Weg der Integration begeben möchte. Dazu gehört am Ende die Lehrerausbildung. Deswegen geht es sicherlich nicht zu weit, die Möglichkeit eines Anerkennungsverfahrens kontrolliert weiter zu öffnen, Erfahrungen zu sammeln, die Lehrkräfte hier in Bayern zu integrieren und den Lehrkräftemangel damit spürbar zu bekämpfen.

Dass CSU und FREIE WÄHLER in den bisherigen Debatten gezaudert haben und schon mit schmerzerfüllter Stimme die Namen betroffener Länder vorlesen, lässt tief blicken; sie erkennen nicht, wo aktuell die eigentlichen Probleme liegen. Sprechen Sie zum Beispiel mit den Lehrkräften an den Grund- und Mittelschulen; sie sind vom akuten Personalmangel betroffen. Sie wären über solche Entlastungen oder solche Verstärkungsmöglichkeiten sehr, sehr erfreut. Deswegen ist es kein Wunder, dass zum Beispiel der BLLV, der größte Lehrerverband Bayerns, diesem Entwurf positiv gegenübersteht, dass auch die Kommunen, namentlich der Städtetag, grünes Licht zu diesem Entwurf gegeben haben.

Es ist einfach – das spricht ja da raus – niemandem mehr vermittelbar, dass man inzwischen zwar mit allen möglichen Hochschulabschlüssen, auch ohne Pädagogikbe-

zug, per Sondermaßnahme direkt in das Referendariat für das Mittelschullehramt wechseln kann, gleichzeitig einer ukrainischen Lehrkraft auch mit einer soliden Ausbildung und jahrelanger Berufserfahrung einen solchen Einstieg aber selbst mit Nachqualifizierungsmaßnahmen nicht zutraut. Das ist das Problem.

Deswegen bin ich der Meinung und Überzeugung: Am Ende muss es um Leistung, um Eignung gehen. Das muss mehr zählen als die reine Herkunft, als der Ort, wo dieser Abschluss gemacht worden ist. Es geht vielmehr darum, was für die Schüler erreicht werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Unsere Bildungsverwaltung wird in der Lage sein, die Einschätzung dieser Abschlüsse vorzunehmen; sie muss dies schon bei den EU-Abschlüssen tun und tut dies erfolgreich. Bei den weiteren Staaten kann sie das auch erledigen, nämlich Nachqualifizierung festlegen und das Ganze begleiten.

Liebe Regierungsfraktionen, Sie reden auch sonst die Leistungsfähigkeit der Behörden nicht schlecht. Andere Bundesländer sind schon weiter; wir können das in Bayern auch schaffen. Lassen Sie uns also hier einen weiteren Baustein zur Bekämpfung des Lehrermangels legen.

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Fischbach. – Ich darf die nächste Rednerin aufrufen: Es ist die Abgeordnete Barbara Regitz von der CSU-Fraktion. Bitte schön, Frau Kollegin Regitz.

Barbara Regitz (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren! Nun kommen wir nach einer ausführlichen Diskussion im Plenum und im Bildungsausschuss nochmals zusammen. An Ihren Argumenten, die Sie bereits mehrfach angeführt haben, hat sich jedoch nichts geändert. Ein aufgewärmtes Gericht wird auch nicht besser, werte Kolleginnen und Kollegen.

(Zuruf der Abgeordneten Gisela Sengl (GRÜNE))

Suggeriert wird, wir könnten nach dem FDP-Vorschlag den Lehrermangel an Bayerns Schulen durch Zugangserleichterungen für Lehrkräfte aus der Ukraine und aus weiteren Staaten mit EU-Beitrittskandidatenstatus beheben. – Ein Unfug! Allein schon in der Lehrerausbildung besteht ein erheblicher zeitlicher und qualitativer Unterschied zwischen dem Modell bei uns im Freistaat und den Modellen in den genannten Ländern, wie ich noch ausführen werde.

Meine Damen und Herren, wir brauchen Lehrkräfte an den bayerischen Schulen. Das ist ein ernstzunehmendes Thema. Aber wollen wir diesen Lehrermangel und damit die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung durch Einstellung anders qualifizierter Lehrkräfte lösen? Sollten beispielsweise Lehrkräfte aus der Ukraine unbefristet in festen Arbeitsverhältnissen an unseren Schulen eingestellt werden? – Die Unterschiede zwischen den Lehrerausbildungen bei uns und den Lehrerberufsqualifikationen in der Ukraine und den anderen Ländern sind groß, wie bereits angedeutet. Deshalb dürfen wir uns nicht verleiten lassen, die Vergleichbarkeit der Examina außer Acht zu lassen. Lehrkräfte in der Ukraine absolvieren ein vierjähriges Studium in lediglich einem Fach, haben kaum eine schulpraktisch vertiefte Ausbildung, keine Referendarzeit, keinen Vorbereitungsdienst. Statt Kompetenzorientierung wie bei uns werden in der Ukraine Inhalte auf verschiedenen Niveaustufen in den einzelnen Schuljahren unterrichtet. Dieses ukrainische Ein-Fach-Lehrerprinzip ist mit unserem bayerischen Prinzip nur schwer kompatibel. Das soll aber nicht bedeuten, dass Lehrkräfte aus der Ukraine schlechtere Lehrerinnen und Lehrer sind. Die Voraussetzungen sind halt einfach anders. Das habe ich Ihnen bereits bei der Ersten Lesung ins Stammbuch geschrieben. Es wäre Eltern, Schülern und bayerischen Lehrkräften nur schwer vermittelbar, wenn Kolleginnen und Kollegen aus der Ukraine mit völlig anderen Voraussetzungen fest angestellt ins bayerische System übernommen würden.

Unsere primären Aufgaben und Ziele lauten derzeit mehr denn je: Erstens. Den Unterricht an bayerischen Schulen sichern. Dafür unternimmt die Regierungskoalition aus

CSU und FREIEN WÄHLERN viel, während die Opposition immer nur alles ablehnt und schlechtredet.

Zweitens. Die Lehrkräfte, die beispielsweise aus der Ukraine zu uns kommen, müssen die gebotene Wertschätzung erhalten. Das ist genauso möglich ohne eine generelle Ausweitung und Erleichterungen für den Schuldienst.

Im Übrigen wollen Sie von der Opposition auf Bundesebene eine radikale Aufweichung unseres Zuwanderungsgesetzes. Dabei lassen Sie völlig außer Acht, dass dafür Mitwirkung und Qualifikation eingefordert werden müssen.

Drittens. Wir müssen unsere Qualität und unsere Standards halten und sie dort optimieren, wo das nötig ist, dann allerdings mit sinnvollen und nachvollziehbaren Lösungen, aber nicht mit irgendwelchen Schnellschüssen, wie dieser Gesetzentwurf, der eigentlich, wie meist bei der FDP, nur für Aktionismus steht.

(Matthias Fischbach (FDP): Der Städtetag sieht das anders!)

Im Vordergrund der CSU-Bildungspolitik stehen die Wahrung der Humanität, die Sicherung von Qualitätsstandards und die Ermöglichung von Integration. Fachliche Argumente spielen dabei vor allem bei Lehrkräften immer eine ganz wichtige Rolle. Wir begegnen anders Qualifizierten aus der Ukraine und anderen Ländern nicht ablehnend, sondern konstruktiv kritisch. Es geht nicht um den Einzelnen als Menschen, sondern um dessen Ausbildung und um die Kompatibilität seiner Lehrtätigkeit mit dem bayerischen Schulsystem. Lehrkräfte sind nun einmal nicht nach ihrem persönlichen Schicksal zu beurteilen, sondern nach ihrer Qualifikation. Das sind wir unserem Nachwuchs schuldig, und das muss deshalb selbstverständlich bleiben.

Zeitlich befristet können Lehrkräfte bereits jetzt an unseren Schulen als Vertretungslehrkraft, als Teamlehrkraft oder auch als Willkommenskraft arbeiten. Sie können sich auch in einem weiteren Fach nachqualifizieren und anschließend die Referendarzeit durchlaufen, wie das für Lehrkräfte bei uns üblich ist. Dies ist im Übrigen im Auftrag

aus dem Bildungsausschuss unter drittens, Seite 7 nachzulesen. An dieser Stelle sage ich den Mitarbeitern des Kultusministeriums ein herzliches Dankeschön für diese Zusammenstellung. Aus ihr ist nämlich deutlich ersichtlich, welche Zugangsmöglichkeiten es zum Lehrberuf gibt und dass diese nicht mit Zugangsmöglichkeiten zu einer Beschäftigung im Schulbereich gleichzusetzen sind. Diese sind deutlich niederschwelliger.

Sie sehen also, liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt bereits bewährte Instrumente für Lehrkräfte aus anderen Ländern, um sie bei uns in den Schuldienst aufzunehmen. Es besteht daher keine Notwendigkeit zur Änderung. Deshalb wird der Gesetzentwurf der FDP abgelehnt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Regitz. – Als nächsten Redner darf ich Herrn Kollegen Vizepräsident Thomas Gehring für die GRÜNEN-Fraktion aufrufen.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir finden es gut, dass die FDP diesen Gesetzentwurf eingebracht hat, weil das Thema Zugangserleichterung für Lehrkräfte aus anderen Ländern – aus der Ukraine, aber auch aus anderen Ländern – wichtig ist. Erster Aspekt: Das Thema betrifft uns alle sehr stark; denn wir haben in Bayern eine Unterrichtskrise. Wir haben einen Mangel an Lehrkräften. Man muss es schon noch einmal sagen: Dieser Mangel an Lehrkräften hat damit zu tun, dass in den vergangenen Jahren hoch qualifizierte bayerische Lehrkräfte nicht eingestellt worden sind, sondern dem freien Arbeitsmarkt überlassen wurden. Sie sind woanders hingegangen.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER))

– Ja, Herr Kollege, das wären aber heute noch junge Lehrerinnen und Lehrer, wenn man sie damals vor acht, neun oder zehn Jahren eingestellt hätte, voll leistungsfähige,

gute Leute, und diese Leute fehlen heute. Wäre man damals schon unserer Forderung nachgekommen, eine 110-prozentige Lehrerversorgung an den Schulen zu gewährleisten, dann wären die Schulen resilient und könnten überraschende zusätzliche Schülerzahlen auch besser verkraften. Das ist aber nicht gemacht worden.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Der zweite Aspekt ist, dass wir Zuwanderung zu unserem Bildungssystem haben. Wir sind ein Einwanderungsland. Herr Kollege Straub hat es gestern zweimal gesagt, und wir haben es zur Kenntnis genommen: Bayern ist ein Einwanderungsland. Das bedeutet, dass auch Kinder und Jugendliche kommen, ganz egal, ob es Arbeitsmigranten oder Flüchtlinge sind. Die Flucht der Menschen aus der Ukraine war sicherlich nicht vorhersehbar, aber wir müssen darauf reagieren können. Von daher ist die Frage: Wie können wir den Zugang von Lehrkräften aus anderen Ländern entscheidend besser ermöglichen? Das ist wichtig, weil wir in diesem Bereich auch Zuwanderung brauchen werden, um dem Lehrkräftemangel bei uns begegnen zu können und auch, weil es für die Schülerinnen und Schüler gut ist, wenn sie Lehrkräfte haben, die die HerkunftsSprache können. Außerdem können sie dann die Integration in diese Gesellschaft am positiven Beispiel ihrer Lehrkräfte sehen.

Zum Dritten: Manche dieser Leute sind schon bei uns im Land. Viele qualifizierte Lehrkräfte aus anderen Ländern arbeiten nicht an unseren Schulen, sondern in anderen Bereichen. Es wäre gut, wenn wir diese Leute an die Schulen bringen könnten.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Die Verfahren, bis diese Leute anerkannt werden, dauern einfach sehr lange. Dazu gab es auch einen Bericht im Bildungsausschuss. In der Regel wird mehr oder weniger ein komplettes Studium verlangt – von Leuten, die in dieser Zeit natürlich Geld verdienen müssen. Sie sind keine Studierenden; deshalb gehen sie in andere Berufe, weil sie sich das Studium nicht leisten können. Außerdem ist der Hochschulort selten dort, wo der Wohnort oder der mögliche Einsatzort an den Schulen ist. Wir brauchen

deshalb ein flexibleres System, das schneller wird und das, was auch ganz wichtig ist, die praktische Eignung, die praktische Fähigkeit dieser Lehrkräfte besser bewertet. Ich weiß, bei uns ist es immer schwierig, praktische Fähigkeiten tatsächlich anzuerkennen. Das kommt immer ein bisschen zu kurz. Diese Leute haben aber seit Jahren gut unterrichtet.

Frau Kollegin Regitz, Sie sagen, ukrainische Lehrerinnen und Lehrer sind nicht schlechter als unsere, bloß die formalen Voraussetzungen fehlen. Was hilft dieser Satz den Schülerinnen und Schülern, die einen guten Unterricht brauchen? Da spielen doch die formalen Voraussetzungen keine Rolle, sondern wir sollten darauf schauen, was diese Leute können, was sie unterrichten können. Das sollten wir anerkennen, und darum geht es letztendlich.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Tobias Gotthardt
(FREIE WÄHLER))

Und ich sage auch voraus, wir werden uns mit dem Thema Ein-Fach-Lehrkräfte beschäftigen müssen. Wir werden mit dem jetzigen System der Zwei-Fach-Lehrkräfte nicht auskommen. Wir werden uns über die Ein-Fach-Lehrkräfte unterhalten müssen. Aber man kann dann auch jemanden nachqualifizieren, damit er ein zweites Fach unterrichten kann. Das ist eine große Herausforderung. Wir fordern deshalb: Wir brauchen ein besseres System der berufsbegleitenden Qualifizierung von Lehrkräften, die zu uns kommen, damit sie im Unterricht schnell eingesetzt werden können und gleichzeitig noch die Voraussetzungen erlernen können, die sie brauchen, damit sie bei uns dann auch wirklich gut eingesetzt werden können.

Der Gesetzentwurf der FDP ist ein guter Vorschlag. Es ist gut, dass wir über das Thema diskutiert haben. Zugangserleichterungen sind das A und O. Mit dieser formalen Ausweitung auf die Beitrittsländer sehen wir durchaus Schwierigkeiten. Deshalb werden wir uns enthalten.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herzlichen Dank, Herr Kollege Gehring. – Nächster Redner ist der Vorsitzende des Bildungsausschusses Herr Tobias Gotthardt von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön, Herr Abgeordneter Gotthardt.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Zweite Lesung zum Lehrerbildungsgesetz, und da ist er wieder: Magic Matthias und sein bildungspolitisches Zauberkästelchen.

(Heiterkeit)

Mit einem Satz verändern wir die Welt. – Nein, im Ernst, das ist ein ernstes Thema. In den letzten Jahren schultert unser Schulsystem vor allem durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine eine große Herausforderung. Wir haben 40.000 Schülerinnen und Schüler zusätzlich, die aus der Ukraine an unsere Schulen kommen. Wir haben in diesem Bereich zusätzlich 6.000 Lehrkräfte eingesetzt. Natürlich geht es uns darum, die Unterrichtsversorgung und die Lehrerversorgung zu garantieren und einem Lehrermangel vorzubeugen. Allerdings begeht die FDP einen großen Fehler, wenn sie glaubt: Da dreht man jetzt an einem Rädchen, und dann ist alles gleich, und alles ist gut. – Ich habe das bei der Ersten Lesung schon mal erklärt: Sie können die Beitrittskandidaten zur Europäischen Union nicht über einen Kamm scheren – grundsätzlich nicht, aber schon gar nicht bei der Lehrerausbildung. Sie haben vollkommen unterschiedliche Niveaus. Wenn ich Ihnen die Staaten wie die Türkei, Georgien oder die Ukraine nenne, dann wissen Sie, wovon ich rede, wenn ich sage, dass die Voraussetzungen da sehr unterschiedlich sind.

Grundsätzlich bieten wir diesen Menschen – die Kollegin Regitz hat es ausgeführt – die Möglichkeit, sich nachzuqualifizieren, das heißt, in den Lehrerberuf einzusteigen. Ich glaube, wir sind uns einig, dass wir die Qualität des Lehrerberufes bei allen Kräften, die in Bayern eingesetzt werden, garantieren wollen. Deswegen macht es Sinn, diese Vorgaben unbürokratisch und schnell, was die Universitäten zu großen Teilen auch tun, aber doch konsequent umzusetzen.

Nebenbei bieten wir die Möglichkeit, in anderen Bereichen, zum Beispiel als Brückenkräfte bei "gemeinsam.Brücken.bauen", einzusteigen und sofort als Lehrkraft oder als lehrende Person an unseren Schulen tätig zu sein. Diese Möglichkeit haben wir auch in der Weiterentwicklung dann in den Lehrerberuf hinein.

Mir ist bei dieser ganzen Geschichte und in der Debatte wichtig, dass wir jenseits dessen, was die FDP als ein Rädchen irgendwo vorschlägt, den Gesamtansatz, den ganzheitlichen Ansatz sehen. Wir – damit meine ich unsere Fraktion, den Kultusminister und die Kultusstaatssekretärin – sehen natürlich die Herausforderung der Lehrergewinnung. Wir sehen die Herausforderung, Menschen für den Lehrerberuf zu begeistern und Angebote zu machen.

Das heißt aber auch: Man muss an ganz vielen Zahnrädchen drehen, um die Lehrerversorgung in Bayern ausbauen zu können. Da sind die Drittstaaten ein Rädchen, wobei das Potenzial, wenn Sie ehrlich sind, angesichts der Sprachvoraussetzungen eingeschränkt ist. Sie bekommen nicht Tausende von Lehrkräften aus Georgien, sondern wir reden da von Lehrkräften im vielleicht dreistelligen Bereich, die generierbar sind.

Viel wichtiger ist mir zum Beispiel, dass wir als Freistaat Bayern sehr selbstbewusst auftreten. Wir haben ein hohes Bildungsniveau. Wir haben gut ausgestattete Schulen. Wir haben eine faire und hohe Bezahlung, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern. Deswegen können wir in ganz Deutschland um Lehrkräfte werben, weil es nämlich schön und gut ist, in Bayern Lehrkraft zu sein und hier an den Schulen lehren zu dürfen.

Wir können und müssen die Möglichkeiten des Quereinstiegs, die wir haben, weiter beobachten und ausbauen und neue Möglichkeiten schaffen und neue Wege gehen, um Kräfte zu generieren. Wir müssen im Bereich der freiwilligen Rückkehr aus der Teilzeit aufstocken und in der Teilzeit Anreize und Möglichkeiten schaffen, auch höhere Flexibilität hinbekommen. Das ist ein Weg, den wir in den letzten Monaten und

Jahren schon gegangen sind, den wir aber konsequent weitergehen werden, weil wir sehen: Da ist Potenzial zur Gewinnung von Lehrkräften.

Grundsätzlich werden wir weiter bauen und die Personalkultur in unserer Schulfamilie weiterentwickeln. Wir wollen in Bayern so dastehen, dass wir sagen können – das können wir auch im Brustton der Überzeugung sagen –: Wir können hier Lehrer werben, weil wir einen guten Standort haben. Wir können auf Menschen zugehen. Wir können Menschen, gerade junge Menschen, für den Lehrerberuf begeistern. Wir können sie auch aus anderen Fachbereichen in den Lehrerberuf holen, weil es eine wunderbare Aufgabe ist, nicht Wasserhähne zu polieren, sondern Kinder zu begeistern und zu bilden, für ihre Zukunft zu bilden.

(Unruhe bei den GRÜNEN)

– Was ist denn los? Was ist unmöglich?

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ihr müsst schon laut reden. Wenn ihr mich aufhalten wollt, müsst ihr lauter reden, weil ich es sonst nicht höre. Ansonsten gibt es die Möglichkeit zur Zwischenbemerkung.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Was ich sagen wollte – das ist nämlich das Wichtige –: Wir müssen den Weg, den wir beschritten haben, konsequent weitergehen, an allen Zahnrädchen in diesem ganzheitlichen System drehen und weiterhin dafür sorgen, dass wir Menschen, junge Menschen aus ganz Deutschland und darüber hinaus, für den Lehrerberuf in Bayern begeistern, weil es Spaß macht, schön ist und gut ist, in Bayern Lehrkraft zu sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte bleiben! Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste kommt von dem Abgeordneten Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Lieber Herr Kollege Gotthardt, das war ein bisschen "magic", wie Sie den Begriff "Lehrermangel" ausgeweitet haben auf irgendwelche Nebenkriegsschauplätze, die heute gar nicht zur Debatte stehen. Wir hatten schon viele Debatten über Anträge auch der FDP-Fraktion zur Reform der Ausbildung oder zur Gewinnung von älteren Lehrkräften und so weiter und so fort.

Heute geht es um die Frage, wie wir den Beruf gerade für Lehrkräfte in Drittstaaten attraktiv machen können bzw. den Zugang erleichtern können. Da haben wir riesige Probleme. Wir haben es im Ausschuss vonseiten des Ministeriums geschildert bekommen. Wir haben gerade bei älteren Lehrkräften, zu deren Studienzeit bei den Abschlüssen zum Beispiel noch keine Bologna-Reform war, keine Möglichkeit, das leicht anerkennen zu lassen. Das ist zum Beispiel einer fünfzigjährigen Lehrkraft meines Erachtens nicht zuzumuten – sehen Sie das anders? –, da noch einmal ein Studium anzufangen und im Prinzip kaum etwas anerkannt zu bekommen. Das sind doch die Kräfte, die viel Erfahrung auch im Umgang mit Kindern mitbrächten. Wenn sie dann noch die deutsche Sprache beherrschen, müsste es doch möglich sein, sie mit kleinen Nachqualifizierungen in Bayern zu integrieren. Warum sehen Sie das anders? Warum wollen Sie diese hundert Lehrkräfte, wenn es nur hundert sind, nicht in unsere Schulen in Bayern bekommen?

(Beifall bei der FDP)

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Kollege Fischbach, Sie haben mich falsch verstanden oder wollten mich vielleicht falsch verstehen. Die Kollegin Regitz hat es deutlicher ausgeführt, als ich es vorhin gesagt habe. Deswegen habe ich mich zu diesem Bereich kurzgefasst. Wer nach Bayern kommt, wer die Qualifikation einer Lehrkraft hat und dazu die Sprachfähigkeit hat, wird in Bayern einen Weg finden, schnell und unbürokratisch an unseren Schulen unterrichten zu können. Das ist so, und das wird auch so bleiben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Vielleicht sind Sie gut im Schönreden!)

Deswegen ist der Gesetzentwurf, den Sie vorgelegt haben, nicht notwendig und überflüssig.

(Zurufe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Wir gehen der Reihe nach vor. Die nächste Zwischenbemerkung kommt von der Frau Kollegin Gölseren Demirel. Bitte schön, Frau Kollegin.

Gölseren Demirel (GRÜNE): Herr Kollege Gotthardt, als ich Ihnen zugehört habe, habe ich mir gedacht: Wenn ich Lehramt studiert hätte, jahrelange Berufserfahrung hätte und aus politischen Gründen oder Kriegsgründen oder was auch immer nach Deutschland, nach Bayern gekommen wäre und für meinen Beruf brenne und das hier gerne fortführen würde, wüsste ich nach Ihrer Rede nicht, wo ich anfangen müsste.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Das ist erst einmal Ihr Problem.

Gölseren Demirel (GRÜNE): Ich bin noch nicht fertig! – Ich muss mir meinen Lebensunterhalt verdienen und soll gleichzeitig, obwohl ich jahrelange Berufserfahrung und ein Studium habe, noch mal ein Studium beginnen.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Das habe ich doch gar nicht gesagt!

Gölseren Demirel (GRÜNE): Warum bieten Sie diesen Menschen nicht Aufbaustudien an? Die Universität Eichstätt zum Beispiel sagt, sie wäre bereit, die Hunderte Lehrer und Lehrerinnen, die sich in Bayern befinden, die schon da sind, mit Aufbaustudien zu unterstützen. Das sind Menschen, die sehr gut Deutsch sprechen. An den Sprachkenntnissen fehlt es also nicht. Zeigen Sie doch mal einen Weg und sagen Sie nicht, in Bayern gibt es zig Möglichkeiten. Ich kenne kein einziges Projekt des Kultusministeriums oder auch des Wirtschafts- oder Arbeitsministeriums. Wenn es die doch gibt, dann klären Sie auf, Herr Gotthardt. Dann reden Sie doch Klartext und nicht abstrakt, was in Bayern alles so toll läuft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Die Kollegen wissen, dass ich Klartext liebe. – Kollegin, ich weiß nicht, was Sie hören wollen. Ich weiß, was ich gesagt habe. Ich habe gesagt, dass wir in Bayern eine Willkommenskultur haben und um Kräfte aus Drittstaaten werben, aber auch klare Voraussetzungen haben, was den Einstieg und die Qualitätsgarantie betrifft, und dass wir innerhalb dieser Vorgaben Wege anbieten,

(Julika Sandt (FDP): Welche denn?)

in denen sie – ich wiederhole mich – unbürokratisch und schnell unter anderem an den Universitäten, die das anbieten, Nachqualifizierungen machen können. Wir reden von Nachqualifikation. Die brauchen keinen Studiengang. Wir brauchen eine Nachqualifikation von Lehrkräften. Und das geht!

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Dann sagen Sie uns doch, wie!)

Nennen Sie mir ein Beispiel, bei dem es nicht geht! Machen wir die Beweisumkehr.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wenn die sich nachqualifizieren wollen und dafür ein ganzes Studium machen müssen, was ist denn das für eine Nachqualifikation?)

– Nachher, Frau Kollegin.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Gotthardt hat das Wort!

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Machen wir die Beweisumkehr. Nennen Sie mir einen Fall, wo es nicht funktioniert.

(Matthias Fischbach (FDP): Ich kann Ihnen das nennen! Gehen Sie mal mit zum Schulamt!)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. Das wäre es dann. – Ich möchte zur Erläuterung Folgendes sagen: Zwischenbemerkungen sind nur möglich während der

ersten Rede eines Redners, und nicht während seiner Antwortrede. Es geht also nicht, dass man sich in die Fortführung einer Diskussion einschaltet, sondern man muss es gleich machen, wenn der Redner noch für seine erste Rede am Pult steht. Das als Hinweis.

Etwas anderes ist es, wenn sich aus einer Fraktion noch jemand formell als Redner meldet und die Fraktion noch Redezeit zur Verfügung hat. Dann kann noch ein zweiter oder dritter Redner einer Fraktion zu Wort kommen. – Das nur zur Klärung an die beiden Damen, die sich verspätet gemeldet haben, damit es da keine Missverständnisse gibt.

Jetzt sind wir bei der nächsten Rednerin: Das ist die Frau Dr. Anne Cyron von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Frau Dr. Cyron.

(Beifall bei der AfD – Matthias Fischbach (FDP): Jetzt kommen die Vierziger zurück!)

Dr. Anne Cyron (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Auf den ersten Blick möchte man meinen, dieser Gesetzentwurf stamme aus der rot-grünen Ecke da links. Aber nein, weit gefehlt: Er kommt von der Drei-Prozent-Partei FDP,

(Beifall bei der AfD)

die mit diesem Gesetzentwurf wohl bei den GRÜNEN Wählerstimmen abfischen möchte. Der Wahlkampf wirft seine Schatten offenbar bereits voraus.

Sehr geehrte Abgeordnete, unsere Kinder haben einen Anspruch auf bestmögliche Bildung. Bestmögliche Bildung ist nur gewährleistet durch bestmögliche Lehrerausbildung. Wir haben in Bayern sehr hohe Qualitätsstandards an unseren Schulen. Die gilt es zu erhalten. Wir haben hohe Qualitätsstandards bei der Lehrerausbildung. Die gilt es ebenfalls in vollem Umfang zu erhalten. Die bayerische Lehrerausbildung ist gut und hat sich bisher bewährt, und das soll auch bitte so bleiben. Das Lehrerausbil-

dungssystem der Ukraine ist weder identisch noch vergleichbar mit unserem Ausbildungssystem. Es bestehen erhebliche Unterschiede, die bereits von den Vorrednern erläutert wurden. Somit besteht überhaupt kein Anlass, das bestehende Gesetz zu ändern und dadurch einen Niveauverlust bei der schulischen Ausbildung unserer Kinder in Kauf zu nehmen, nur um ukrainischen Lehrern vielleicht eine Perspektive zu geben.

Wir sind nicht dazu verpflichtet, den ukrainischen Lehrkräften eine Perspektive zu geben. Sie werden nach Hause zurückgehen, sobald es keinen Fluchtgrund mehr gibt. Die Ukraine braucht ihre Lehrer selbst ebenso wie die EU-Beitrittskandidatenstaaten; auch sie brauchen ihre Lehrer selbst, um EU-kompatibel zu werden. Ihre Ausbildung entspricht nicht unserer Lehrerausbildung, aber unsere Kinder haben ein Recht auf qualifizierten Unterricht.

Einerseits wollen wir die ganze Welt retten, andererseits sind wir aber offenbar nicht einmal in der Lage, genügend Lehrer für unsere Kinder auszubilden. Wir müssen das Lehramt einfach attraktiver gestalten und jungen Menschen in diesem Beruf mehr Perspektiven bieten, damit sich wieder mehr für diesen Beruf entscheiden. Es liegen hinreichend Vorschläge auf dem Tisch, wie uns das gelingen könnte. Es wurde hinreichend darüber diskutiert. Packen wir es also an! Investieren wir doch die Gelder, die in die Nachqualifizierung ausländischer Lehrkräfte gesteckt werden sollen, in unseren eigenen Nachwuchs.

Von den Antragstellern wurden in dieser Zweiten Lesung keine überzeugenden Argumente vorgebracht; damit erübrigts sich jede weitere Stellungnahme. – Die AfD-Fraktion lehnt diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Frau Dr. Cyron. – Nächste Rednerin ist jetzt Frau Dr. Simone Strohmayer von der SPD-Fraktion. Frau Kollegin Dr. Strohmayer, bitte schön.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuwanderung von Fachkräften ist in allen Bereichen – von der Wirtschaft bis zur Bildung – dringend notwendig. Liebe Kolleginnen und Kollegen, leider hinkt Bayern deutlich hinter den vom Bundesgesetz vorgegebenen Möglichkeiten von Anerkennungen und Qualifikationen hinterher. Die Anerkennungsverfahren – das wurde heute schon angesprochen – dauern viel zu lang, teilweise Jahre. Den Betroffenen werden viele Steine in den Weg gelegt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist doch verrückt; so viele Menschen kommen zu uns, und wir lassen sie hier nicht arbeiten. Das müssen wir ändern!

(Beifall bei der SPD)

Das gilt natürlich auch für die Lehrerinnen und Lehrer. Immer wieder melden sich bei mir betroffene Lehrerinnen und Lehrer, die mir ihre Geschichte von Verzögerungen und von immer wiederkehrenden Abweisungen erzählen. Teilweise stellen wir dann Petitionen; teilweise führe ich viele Telefonate mit den Ministerien. Es kann doch nicht sein, dass diese Leute, die Lust haben, hier zu arbeiten, und die dazu ausgebildet sind, keine verkürzte Möglichkeit haben, in diesem Bereich tätig zu werden. Nein, sie müssen ein gesamtes Studium, die gesamten Prüfungsverfahren und sowie das Referendariat und vieles mehr durchlaufen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist kein Weg für diese Leute! Da müsst ihr euch einfach mehr ausdenken.

(Beifall bei der SPD – Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Wir tun, was möglich und notwendig ist!)

– Lieber Herr Kollege Gotthardt, auch Sie wissen, dass Lehrkräfte aus der Ukraine hier in Bayern gute Arbeit leisten. Sie sind angestellte Lehrkräfte an staatlichen Schulen, Teamlehrer, Vertretungskräfte und teilweise Übersetzer.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Das sage ich ja!)

– Aber es sind halt zu wenige, Herr Kollege, und wir könnten da noch viel mehr machen. Sie haben vorhin gesagt, es gebe viele Rädchen, an denen wir drehen müssten. Fangen Sie doch endlich damit an! Drehen Sie doch an den Rädchen, Herr Kollege!

(Beifall bei der SPD – Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Machen wir! – Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Die laufen schon!)

Wir haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, das noch einmal klargestellt hat, dass hier in diesem Jahr in Bayern 4.000 Lehrerinnen und Lehrer fehlen; ich muss es immer wieder sagen. Jedes weitere Jahr kommen zusätzlich 1.500 dazu. Das bayrische Schulsystem wird auf längere Zeit nicht ohne Quer- und Seiteneinsteiger auskommen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deswegen müssen wir uns überlegen, wie wir das gut hinbekommen. Natürlich sind die Ausbildungen nicht zu 100 % vergleichbar. Deswegen müssen wir Mittel und Wege finden, wie wir die Menschen nachqualifizieren können; das ist sehr wichtig.

– Sehr geehrter Herr Kollege Fischbach, noch eine Sache zu Ihnen: Wir hätten uns gewünscht, dass Sie hierzu in Ihrem Gesetzentwurf auch Vorschläge machen; an dieser Stelle kritisieren wir Sie. Wir werden dem Gesetzentwurf aber insgesamt zustimmen. Er geht in die richtige Richtung. Wir könnten hier noch viel mehr tun, als wir hier in Bayern tun.

(Beifall des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD) – Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Haken dran!)

Nachqualifizierung ist wichtig, und es kann nicht sein, dass die Leute, die zu uns kommen, ein gesamtes Studium und ein gesamtes Referendariat nachholen müssen.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Das stimmt auch nicht!)

Das ist keine Nachqualifizierung.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt noch zwei Zwischenbemerkungen; eine kommt von der Kollegin Sandt von der FDP-Fraktion. Bitte schön.

Julika Sandt (FDP): Frau Kollegin, wie erklären Sie sich denn, dass Herr Piazolo nicht nach Ihnen auf der Rednerliste steht? Als die Kollegin Demirel nach klaren Wegen zur Weiterqualifikation gefragt hat und Herr Gotthardt dann auch keine Antwort wusste,

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Na, na, na! Ich habe sehr klar gesagt, was geht!)

hat Herr Piazolo so genickt, als gäbe es klare Wege. Hier wurden aber keine aufgezeigt. Wie erklären Sie sich das? Er nickt zwar immer heftig, aber glauben Sie vielleicht auch, dass er in dieser Hinsicht völlig blank ist?

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Liebe Frau Kollegin, es ist ganz einfach: Es gibt keine Nachqualifizierungen, die entsprechende Anreize bieten, dass die Menschen das auch machen. Das ist ja wichtig.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Das stimmt einfach nicht!)

Es muss auch attraktiv sein, damit das jemand macht. Jemand, der eine volle Ausbildung hat, macht doch hier nicht noch einmal ein volles Referendariat mit Referendariatsgehalt. Wie soll man davon seine Familie ernähren? Ich finde es einfach schäbig, immer zu sagen, dass die zu uns kommenden Menschen hier nicht arbeiten wollten. – Das stimmt nicht. Wir geben ihnen häufig nicht die Möglichkeit, hier einen angemessenen Beruf auszuüben. Das kritisieren wir, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung. – Bitte schön, Frau Kollegin Regitz.

Barbara Regitz (CSU): Liebe Kollegin Strohmayer, ich bin doch etwas irritiert. Als Mitglied im Bildungsausschuss haben Sie doch selbst die gleichen Unterlagen bekom-

men. Wir haben dem Kultusministerium den expliziten Auftrag gegeben, noch einmal klar darüber zu berichten, welche Zugangserleichterungen denn für ukrainische Lehrkräfte und solche aus weiteren Staaten mit EU-Beitrittskandidatenstatus bestehen. Die Antwort umfasst mehrere Seiten; ich habe einen ganzen Stapel ausgedruckt.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Das war zu lang!)

Ich wundere mich darüber, dass Sie das offensichtlich nicht gelesen haben; denn darin steht ganz klar, welche Möglichkeiten es gibt und dass es viele Möglichkeiten gibt. Ansonsten sind wir doch hoffentlich einer Meinung, dass für eine in Bayern unterrichtende Lehrkraft die deutsche Sprache wichtig ist. Das sind wir unseren Schülern wirklich schuldig. Wir brauchen auch eine gleiche Überzeugung für den erzieherischen pädagogischen Auftrag.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Frau Strohmayr.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Liebe Frau Kollegin, ich habe hier mehr als deutlich gemacht, dass die hier in Bayern ergriffenen Maßnahmen nicht ausreichen und weit hinter dem zurückbleiben, was der Bund ermöglicht. Mehr muss ich dazu nicht sagen.

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Was will der Bund im Bildungsbereich?)

Wir haben das ausführlich diskutiert.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Es gibt eine weitere Wortmeldung. Herr Staatsminister Dr. Piazolo würde gerne selbst Stellung nehmen. Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will aufnehmen, was Frau Regitz gerade gesagt hat. Ich will überhaupt nicht über andere Ausschüsse urteilen; aber wenn es im Bildungsausschuss entsprechende Anträge und

lange Berichte gibt, dann wäre es doch einmal ganz sinnvoll, wenn die im Bildungsausschuss Sitzenden diese Berichte auch lesen würden, ehe sie hier sprechen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Dr. Simone Strohmayer (SPD):
Da steht nichts drin!)

– Warum steht da nichts drin? Das sind doch jetzt einfach Behauptungen.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Das ist halt zu wenig! – Johann Häusler (FREIE WÄHLER): Wie viele Seiten hat er denn?)

– Liebe Frau Kollegin Strohmayer, Sie haben jetzt hier zweimal behauptet, dass der Bund Möglichkeiten vorgebe. Welche Möglichkeiten gibt der Bund im Bereich der Lehreranerkennung vor? – Null, nada, wirklich nichts.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Dann haben Sie nicht genau zugehört!)

Ich kann das wie der Papst in seiner Osterbotschaft in allen Sprachen durchdeklinieren.

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Sie haben nicht zugehört, was ich gesagt habe!)

– Doch!

(Dr. Simone Strohmayer (SPD): Wir haben Fachkräftemangel!)

Das Thema ist Lehrerbildung und nicht Fachkräftemangel.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer (SPD))

– Doch, ich habe genau zugehört. Ich habe mir den Anfang und das Ende angehört. Wir reden aber im Moment nicht über Fachkräftemangel, sondern über ein Lehrerbildungsgesetz, das die FDP eingebracht hat. Das wäre in der Schule Themaverfehlung und würde entsprechend beurteilt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer (SPD))

– Selbstverständlich haben wir einen Mangel an Lehrern. Das muss die FDP endlich anerkennen.

(Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer (SPD))

Es ist doch wirklich ein Trauerspiel, dass man die Dinge immer wieder erklären muss; ein Beispiel: Wir haben in Bayern Hunderte von ausländischen Kräften, die an den Schulen unterrichten, vor allem ukrainische Lehrkräfte, wie vorhin angesprochen. Ich bin wie die Regierungsfraktionen sehr dankbar, dass wir diese Lehrkräfte haben. Wir werben für sie sehr intensiv. Wir bieten ihnen nicht nur Möglichkeiten einzusteigen; das tun sie jetzt schon. Ich darf nochmals erwähnen: Wir haben in den über 800 Brückenklassen viele ukrainische Lehrkräfte mit unterschiedlichen Qualifikationen und Bezahlungen eingesetzt. In dieses System haben wir diese Lehrkräfte seit eineinhalb Jahren entsprechend integriert. Das wird anscheinend nicht zur Kenntnis genommen.

Selbstverständlich wollen wir einerseits eine entsprechende Zuwanderung. Das erlauben wir in großer Zahl. Andererseits erfordert dies natürlich die angemessene Qualifikation, nämlich zuerst Sprachkenntnisse, die entsprechend nachgewiesen werden müssen. Wenn die Sprachkenntnisse nachgewiesen werden, ist ein Einsatz selbstverständlich möglich.

Außerdem kommt es darauf an, in welcher Form man eingesetzt wird. Ich bin froh, dass wir bei den Lehrerinnen und Lehrern anders als in einigen anderen Bundesländern, die von Teilen der Ampel regiert sind, ein Berufsbeamtentum haben. Aber dann brauchen wir auch hohe Ansprüche.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Diesbezüglich gibt es verschiedene Möglichkeiten der Ausbildung. Das heißt, Voraussetzung ist keine pauschale Ausbildung, wie es dargestellt wurde, sodass man ein

ganzes Studium nachholen muss, sondern wenn man innerhalb der EU oder auch außerhalb der EU studiert hat, können Studienleistungen im Einzelnen anerkannt werden.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer (SPD))

– Ja, selbstverständlich. Ich war persönlich in Berlin und auch in Bayern als Hochschullehrer beruflich auch dafür zuständig. Ich kenne die Praxis einigermaßen, wie ECTS-Punkte aus anderen Staaten anerkannt werden. Das ist nicht immer einfach, weil man natürlich in die Studieninhalte des jeweiligen Landes hineinschauen muss. Wir schauen eben nicht nur, was drübersteht, sondern auch, was an Inhalten drinsteckt; denn, auch das weiß ich als Hochschullehrer, man kann viel über Vorlesungen drüberschreiben. Das ist ähnlich wie bei einem Wortbeitrag oder bei eingebrachten Gesetzen. Sie können viel drüberschreiben, aber entscheidend ist, was drinsteckt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch ich wünsche mir manchmal, das sage ich ganz offen: Da kann manches noch schneller gehen. Da muss man die jeweilige Situation prüfen. Aber die Prüfung der Leistung und das Anerkennungsverfahren erfolgen nicht zentral in unserem Haus, sondern an den Universitäten. Insofern sind wir vonseiten des Kultusministeriums seit Jahren dabei, das Ganze durchlässiger zu gestalten und immer mehr anzubieten. Wir werden auch wieder dem Bildungsausschuss berichten. Es gibt entsprechende Anträge.

Allerdings bin ich gegen diese Schwarz-Weiß-Malerei. Deshalb habe ich mich nochmals zu Wort gemeldet. Ich bin dagegen, dass man entweder sagt, das ist alles super, oder dass man sagt – was keiner getan hat –, es geht gar nichts. Das ist in Bayern nicht so. Wir bemühen uns und machen sehr viel. Es gibt viele Angebote.

Frau Kollegin Demirel, ich habe nichts dagegen – darüber können wir gerne reden –, wenn Eichstätt etwas anbieten will. Aber es ist zuerst erstmal Sache der Universität,

ein Angebot zu machen. Wir haben inzwischen eigenständige Hochschulen und Universitäten. Da kann man ins Gespräch kommen. Wenn es entsprechende Angebote gibt, prüfen wir sie gemeinsam. Dann können wir sie auch aufsetzen.

Aber nochmals ganz deutlich: Wir haben sehr, sehr gerne auch Lehrkräfte aus anderen Ländern bei uns. Wir sind da als Bayern offen. Wir stellen sie auch ein, verlangen aber bestimmte Qualifikationen. Diese Qualifikationen braucht man nicht unbedingt alle am Anfang, aber man muss bereit sein, eine Nachqualifizierung auf sich zu nehmen.

Frau Strohmehr, ein letzter Satz: Wenn man aber in Bayern auf Lebenszeit verbeamtet werden will, dann ist in den meisten Fällen zumindest die Ableistung der Referendarzeit angebracht. Denn, das will ich nochmals deutlich sagen: Es sind Beamte. Es sind Staatsdiener. Wir brauchen ein bestimmtes Wertesystem. Wir brauchen die Sprache. Es sind Kinder und Jugendliche – das ist ein hohes Gut –, die unterrichtet werden. Da haben wir einen hohen Qualitätsanspruch, dem wir gerecht werden wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Ich bitte Sie, am Rednerpult zu bleiben; denn es liegen mir noch drei Zwischenbemerkungen vor. Die erste Intervention ist von Herrn Abgeordneten Fischbach. Bitte schön, Herr Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Sehr geehrter Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche aufzuklären, was hierzu aus dem Bildungsausschuss kam. Auf Frage von Frau Regitz wurde von der Vertreterin des Ministeriums berichtet, dass das Erwerbsjahr der Qualifikation bei Drittstaatenanträgen eine ganz wesentliche Rolle spielt. Das heißt, wenn die ECTS-Punkte im Rahmen der Bologna-Reform erworben worden sind, ist es möglich, diese relativ einfach anzuerkennen, geschah das vor der Reform, geht das jedoch nicht. Das ist bei älteren Lehrkräften, die hier mit geflohenen Kindern angekommen sind und eigentlich unterrichten könnten, das Problem. Diese

Lehrkräfte bekommen aber bisher nur Aushilfsverträge, wie Herr Piazolo ausgeführt hat. Das kann eben nur prekär und vorübergehend sein. Wir wollen mit diesem Gesetzentwurf eine Perspektive geben und deshalb Artikel 7 Absatz 4 des Lehrerbildungsgesetzes ausweiten.

Herr Staatsminister, deswegen wäre meine Frage an Sie: Ihre Kultusverwaltung ist doch in der Lage, Abschlüsse aus Rumänien, Bulgarien, der Slowakei und den Mitgliedstaaten anzuerkennen, einzuschätzen und Nachqualifizierungsmaßnahmen zu definieren. Ist die Verwaltung denn nicht in der Lage, auch Abschlüsse aus der Türkei oder der Ukraine einzuschätzen und entsprechende Maßnahmen zu definieren? Die Sprache ist sowieso Grundvoraussetzung. Wo liegt also das konkrete Problem?

(Beifall bei der FDP)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Es geht auch in diesem Fall um einen Gesetzentwurf. Es geht um kein Verwaltungsverfahren. Selbstverständlich sind in Gunzenhausen Experten, die nichts anderes machen, als ausländische Abschlüsse anzuerkennen. Das ist eine hoch spezialisierte Behörde mit hoch spezialisierten Mitarbeitern, die weltweit ausländische Abschlüsse anerkennen. Das ist nicht leicht. Das wissen Sie wahrscheinlich auch. Aber es gibt nun einmal Unterschiede. Deshalb braucht man manchmal etwas Zeit. Um eines Ihrer Beispiele zu nehmen: Georgier sind Aufnahmekandidaten. Wenn man Studienleistungen, die in den Achtzigjahren des vergangenen Jahrtausends in Georgien erbracht worden sind, bewertet, dann tut man das nicht an einem Tag, sondern man muss schon einmal in die Inhalte reinschauen. Das können die Mitarbeiter vor Ort. Aber das machen Sie jetzt durch einen Gesetzentwurf nicht besser. Ein Gesetz ist ganz nett. Das betrifft jetzt auch die Lehrkräfte aus Staaten wie Georgien, Kosovo und ein paar andere Staaten. Das wird jetzt den Bedarf an Lehrkräften bei uns nicht decken. Diejenigen, die inzwischen aus den Ländern zu uns kommen, haben konkrete Anerkennungsverfahren, vor allem

durch die Mitarbeiter vor Ort, die sich da sehr gut auskennen und hoch qualifiziert sind.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Dann darf ich die nächste Intervention von Herrn Vizepräsidenten Gehring aufrufen. Bitte schön.

Thomas Gehring (GRÜNE): Herr Minister Piazolo, ich habe den Bericht gelesen, den Ihr Haus im kulturpolitischen Ausschuss gegeben hat. Darin steht, was wir alle wissen, dass es im Schulgesetz drei Artikel gibt, in denen es um Lehrkräfte geht: Artikel 59 betreffend Lehrkräfte mit einem ersten und zweiten Staatsexamen, also das, was wir meistens meinen; Artikel 60 betreffend Förderlehrer und Artikel 60a betreffend Lehrer in Brückenklassen, also Lehrer für bestimmte Maßnahmen. Gestern war in der "Augsburger Allgemeinen" ein Artikel über die schlechten Arbeitsbedingungen dieser Lehrer zu lesen, die oft monatelang auf ihr Geld warten müssen. Darüber reden wir aber nicht – Sie schon. Es geht um Lehrkräfte, die dann tatsächlich eingesetzt werden können. In Ihrem Bericht heißt es unter Punkt 5, für Lehrkräfte aus den sogenannten Drittländern, die ein Studium hätten, gebe es die Möglichkeit eines Studiums in Bayern. Das heißt, dann wird geschaut, was vom alten Studium noch anerkannt werden kann. Sie müssen nach ihrem ersten Studium aber noch ein Studium machen. Diese Anerkennungen dauern oft sehr lange. Sie müssen noch ein Studium machen, dann eine erste Staatsprüfung ablegen und eine Vorbereitungszeit durchlaufen. Das heißt: Das ist keine Maßnahme, um gut qualifizierte Leute schnell in die Schule zu bekommen. Das ist keine Maßnahme, um die Kenntnisse von Leuten, die praktische Erfahrung im Unterricht haben, anzuerkennen. Das ist kein Verfahren, um Leute berufsbegleitend zu qualifizieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Die Leute, die Sie jetzt beschreiben, sind schon an unseren Schulen. Sie tun immer so, als ob diese alle

warten würden und als ob es nur die Alternative geben würde: Entweder bin ich ein auf Lebenszeit verbeamteter Lehrer, oder ich bin gar nicht an der Schule tätig. Dieser Unterschied wird immer aufgemacht. Es gibt aber wahnsinnig viele Lehrkräfte, die zwischen diesen Kategorien, die Sie gerade genannt haben, liegen.

Ich darf auf die ukrainischen Lehrkräfte zurückkommen. Diese sind an unseren Schulen. Es gibt auch aus anderen Ländern sehr, sehr viele Lehrkräfte, die an den Schulen eingestellt sind. Ich habe erst gestern wieder entsprechende Gespräche geführt, auch mit Mittelschulen. Sehr viele sind dort im Unterricht tätig. Diese Personen werden selbstverständlich auch weiter qualifiziert, und zwar in verschiedenen Phasen. Auch die Lehrerfortbildung lassen Sie einfach immer weg. Selbstverständlich – darüber können wir uns jetzt gerne länger unterhalten – haben wir Quereinstiegsmöglichkeiten für Teamlehrkräfte, sich über Sondermaßnahmen weiterzuqualifizieren, um mit einem Quereinstieg in die Referendarzeit zu kommen.

Ich sage aber auch deutlich und wiederhole es: Wir brauchen – und ich will ihn auch – einen bestimmten Qualitätsmaßstab. Es geht um den Weg zum Beamten. Man ist schon als Referendar Beamter mit bestimmten Pflichten und Rechten und unterrichtet in Schulen. Auch wenn ich vor Lehrerausbildungen im Ausland große Hochachtung habe, so gibt es dennoch qualitativ sehr viele Unterschiede. Das sehen wir auch anhand entsprechender internationaler Tests. Der Wechsel in das deutsche Schulsystem und in Deutschland dann noch in das beste Schulsystem, das es in Deutschland gibt, nämlich das in Bayern, ist natürlich nicht leicht. Deshalb führen wir Qualifikations- und Sondermaßnahmen durch. Im letzten Jahr haben wir schon eine dreistellige Zahl an Lehrkräften über Sondermaßnahmen in die Referendarzeit gebracht. Wir werden das in diesem Jahr forcieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Dann kommt noch die dritte Intervention, nämlich die des fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach. Bitte schön.

Markus Bayerbach (fraktionslos): Herr Minister, die FDP oder die gesamte Ampel argumentiert immer mantramäßig: Zuwanderung ist das Allheilmittel. Eine Bekannte aus der Ukraine hat gesagt, sie findet es schäbig und unsolidarisch und einen Nationalegoismus, wenn wir jetzt versuchen, die Fachkräfte aus der Ukraine zu integrieren und dann dort nach Kriegsende Lücken reißen. Wie will die Bayerische Staatsregierung eigentlich mit den Lehrern umgehen, wenn der Krieg da unten vorbei ist? Ein Großteil der Flüchtlinge wird zurückkehren. Bei den Ukrainern ist, glaube ich, der Rückkehrwille sehr, sehr groß. Inwieweit wird man dann versuchen, diese hier zu halten, oder wird man sie unterstützen, wieder in der Ukraine zu arbeiten, damit in deren Schulsystem beim Aufbau nicht noch eine Riesenlücke entsteht?

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Herr Kollege, ich habe versucht, in meinen Antworten auf die Zwischenfragen das eine oder andere klarzustellen. Das, was die FDP im Gesetzentwurf vorgelegt hat und was die Kollegen von der SPD und den GRÜNEN gesagt haben, ist der gut gemeinte Versuch, Dinge voranzubringen, wenn man sich überlegt: Wie können wir jetzt den Lehrerbedarf abdecken? Ich glaube, wir sind uns einig – die FDP hat das auch nicht behauptet, – dass mit diesem Gesetzentwurf nicht alles gelöst wird. Kollege Gotthardt hat vorher über verschiedene Rädchen, über verschiedene Maßnahmen gesprochen. Es wird nicht "die" Maßnahme geben. Der Gesetzentwurf, den wir jetzt auch ablehnen werden, ist kein Gesetzentwurf, der alles löst – so ist er auch nicht gedacht –, sondern darin geht es wie immer – da bin ich auch durchaus aufgeschlossen – um verschiedene Möglichkeiten, Lehrerbedarfe zu decken.

Ich sage auch offen: Wenn Leute aus anderen Ländern mit entsprechenden Qualifikationen zu uns kommen und an unseren Schulen arbeiten wollen, dann sind sie erst einmal willkommen, und wir freuen uns, dass sie da sind. Dann versuchen wir, sie entsprechend einzusetzen. Ich habe schon gesagt, dass bei uns eine hohe Zahl von ausländischen Lehrkräften im Einsatz ist. Wir wollen sie auch weiterqualifizieren. Heute

haben wir jetzt lediglich über verschiedene Wege diskutiert, wie dies bewerkstelligt werden kann.

In einer anderen Fraktion gibt es andere Überlegungen, die ich grundsätzlich ablehne. In ihr sieht man jegliche Zuwanderung kritisch. Natürlich wird es gerade bei den ukrainischen Lehrkräften, die Sie angesprochen haben, welche geben, die zurückkehren. Ich sage aber auch: Es schadet nicht, wenn man ein deutsches Schulsystem kennengelernt hat, wenn man die Sprache gelernt hat, wenn man sich auskennt und dann wieder zurückgeht. Wir werden dies auch nicht aktiv verhindern – nein, überhaupt nicht. Gerade in der Ukraine besteht die Befürchtung eines Brain Drains. Es wird aber auch sehr, sehr viele geben, die bei uns bleiben, weil sie eine gute Unterkunft gefunden haben, weil sie einen guten Job gefunden haben und weil ihnen viele Menschen ans Herz gewachsen sind. Das begrüße ich.

Wir werden uns beide Entwicklungen ansehen. Wir werden beide Entwicklungen tatkräftig unterstützen. Wir werden insbesondere diejenigen unterstützen, die bei uns bleiben wollen. Ich will auch noch einmal deutlich sagen: Wir haben in Bayern eine Willkommenskultur, und wir sind offen für Menschen, die zu uns kommen und hier arbeiten wollen, die sich integrieren wollen und die unser Land voranbringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Ich sehe zu diesem Thema keine weiteren Wortmeldungen. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt den Gesetzentwurf zur Ablehnung.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Gesetzentwurf der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/23635 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der SPD, das ist der fraktionslose Abgeordnete Busch, und das ist die Fraktion der FDP. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU sowie der AfD und die drei fraktionslosen Abgeordneten

Plenk, Klingen und Bayerbach. Stimmenthaltungen! – Das ist die Fraktion der GRÜ-NEN. Damit ist der Gesetzentwurf abgelehnt.